

weit genug denken können, zu guten Gewerkschaftlern zu machen. Aber wenn wir das wollen, dann ist natürlich auch die Notwendigkeit für die Leitung gegeben, daß sie den Arbeitern zu verstehen gibt, wie die Dinge sich in der Bewegung abspielen. Das kann kein Arbeiter verstehen, wie augenblicklich die Schiedsprüche gefällt werden, wie augenblicklich die Organisationen gezwungen sind, zurückzugehen, ihre Positionen nicht auszunutzen, selbst dann nicht, wenn Kollegen sich bereit erklären, bis auf das Äußerste zu gehen.

Gloth-Berlin: Ich nehme es dem Kollegen Lindner absolut nicht übel, wenn er mit dem Arbeiten des Verbandes nicht so einverstanden ist, wie der Kollege Raab. Auch ich bin mit verschiedenen Sachen des Verbandsvorstandes nicht einverstanden. Allerdings nicht aus den Ursachen heraus, die der Kollege Lindner hier als maßgebend gegen den Verbandsvorstand angeführt hat. Wir wollen uns heute hier nicht unterhalten über einen abgedroschenen Droschkengaul, der schon lange tot ist, über die Frage, ob Unterstützungs- oder Kampforganisation. Sie sehen es selbst an der ältesten Organisation in unserem Verband, der Berliner, daß sie sogar für die Erweiterung der Unterstützungsfrage Anträge gestellt hat, über die es vielleicht Meinungsverschiedenheiten geben kann. Man kann nicht sagen, eine gewerkschaftliche Organisation sei keine Kampforganisation, wenn sie Unterstützungen einführt. Ich glaube, gerade das Gegenteil ist der Fall. Ich bin überzeugt, dem Verbandsvorstand ist es nicht angenehm, wenn man wieder zu langfristigen Tarifverträgen kommt. Ueber die Zeit, da wir alle 4 Wochen 10 Mk. Zulage herausgeholt haben, sind wir meiner Ansicht nach glücklicherweise hinaus.

Was uns im besonderen an unserem Hauptvorstand nicht gefällt, befragen ja unsere Anträge, die wir gestellt haben. Bei den internationalen Verbindungen wird seitens der Verbandsleitung zu wenig geleistet. Wir freuen uns, heute mehr internationale Gäste hier sehen zu dürfen. Das genügt natürlich noch nicht. Wir müssen in dieser Beziehung natürlich noch weiter gehen und ich freue mich über den Beschluß, den die Steindruckere internationale gefaßt hat, bedauere aber zugleich den Beschluß der Buchdrucker internationale und glaube, wir müssen auf diesem Verbandstag zum Ausdruck bringen, daß wir mindestens noch mehr enttäuscht sind, als der Vertreter der Buchdrucker zum Ausdruck gebracht hat.

Bei den finanziellen Geschäften gefällt uns natürlich auch etwas nicht. Wir freuen uns, daß die Verbandskasse einen derartigen Aufschwung genommen hat. Wir freuen uns deswegen besonders, weil unsere Worte in Hamburg in Erfüllung gegangen sind. Wir haben damals gesagt, es sei nicht notwendig, die Kollegenschaft mit 20 bis 40 Pf. Beitragserhöhung zu belasten. Auch wir können rechnen und wir haben festgestellt, daß bei diesen Beiträgen, die jetzt beschlossen worden sind, ein guter Uberschuß verblieben ist.

Günther-Berlin: Es ist im letzten Wahlkampf von kommunistischer Seite mit dem Schlagwort vom Schlichtungsschwindel operiert worden. Wir haben besonders in Berlin auf riesigen Transparenten alle möglichen Argumente lesen können, die dazum sollen, daß das Schlichtungswesen so etwas ist, wie eine boshafte Erfindung der Gewerkschaftsbözen und dazu diene, die Arbeiterkraft vollends zu seiffeln. Genau so falsch ist es, wenn Gewerkschaftler ihre ganze Hoffnung auf das Schlichtungswesen setzen als ein Kernstück der Politik, die man gemeinhin als eine Politik der Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft in Deutschland zu bezeichnen pflegt. Das eine ist so falsch wie das andere. Gerade die letzte Lohnbewegung hat uns die Grenzen gezeigt. Der Redner wendet sich auch zum Bericht des Redakteurs. Unsere Verbandszeitung nennt er ein langweilig redigiertes Organ, das in Berlin niemand lesen will. Der Redakteur erlaubt sich einen anmaßenden Ton, der Redakteur des Verbandsorgans muß bestrebt sein, die Zeitung zu einer solchen zu machen, daß sie in der journalistischen sowohl als auch in der Tendenzführung zu einem gern gelesenen Organ der graphischen Hilfsarbeiter werde.

Die Frage des graphischen Industrieverbandes steht in ursächlichem Zusammenhang mit der Frage des Zusammenflusses der graphischen Arbeiterschaft auf internationaler Grundlage und die Tatsache, daß nicht nur der graphische Industrieverband in Deutschland, sondern auch der graphische Bund eine sehr wenig beachtete Tätigkeit entfaltet, ist unbefriedigend. Wir sind der Meinung, daß der Verbandstag den Verbandsvorstand ausdrücklich und formell ermächtigen soll, alle Schritte in die Wege zu leiten, die notwendig sind, um den bewährlichen Beschluß des Bureaus der Buchdrucker internationale aus dem Weg zu räumen.

Vehmeier-München: Im Namen meiner Delegation kann auch ich erklären, daß wir mit der Tätigkeit des Verbandsvorstandes im großen und ganzen einverstanden sind. Wir wünschen, daß uns die nächste Verbandsperiode auf tariflichem und finanziellem Gebiet wieder derartige Fortschritte bringt.

Nach meiner Meinung ist es für uns Hilfsarbeiter in unserm eigensten Interesse am besten, wenn uns der Industrieverband noch recht lange vom Halse bleibt. Wenn wir heute die Tätigkeit unserer Einlegerinnen und Hilfsarbeiterinnen nach der Nationalisierung in den einzelnen Betrieben betrachten, so müssen wir fest-

stellen, daß das weibliche Hilfspersonal bei achtfündiger Arbeitszeit mehr leistet als früher bei 10 und 11 Stunden. Die Krankheitsziffer aber ist außerordentlich hoch. Wenn wir weiter wissen, daß gerade unsere Kolleginnen neben der anstrengenden Berufsarbeit noch in stärkstem Maße in ihrer Familie tätig sind, so glaube ich, ist es berechtigt, wenn sich der Verbandstag für unsern Antrag entscheidet, um so mehr, weil auch im Arbeitszeitgesetz für derartige Arbeiterkategorien besondere Bestimmungen vorgezogen sind.

Vorsitzender **Hornke** berichtet dann darüber, in welcher Weise der Verbandsvorstand Verbindung mit den internationalen Berufssekretariaten aufgenommen hat, da darüber falsche Ansichten bei einigen Delegierten bestehen. Unser Bestreben war es, beiden Internationalen zu gleicher Zeit beizutreten.

Springer-Weipzig freut sich auch über die finanziellen Verhältnisse, muß aber feststellen, daß nicht nur die gute Konjunktur an den günstigen Kassenverhältnissen den größten Anteil hat, sondern auch unsere Kollegenschaft durch ihre freiwilligen Beiträge und regelmäßige Beitragszahlung. Da muß der Kollegenschaft für ihre Bereitwilligkeit auch ein Äquivalent geboten werden und das muß in unserer Zeitung bestehen. Auch Kollege **Schulze** ist sich wohl klar, daß die Zeitung nicht so ist, wie sie für die Hilfsarbeiter, die sie bilden soll, sein muß. Daß der Redakteur direkt auf die Arbeit der Kollegenschaft baut, finde ich nicht richtig. Er muß so eingestellt, so auf der Höhe sein, daß er die Zeitung selbst redigieren kann, und zwar so, daß etwas Ersprießliches herauskommt.

Franz Hermann-Dresden spricht über die Sonderbewegung in Dresden. Die Bewegung mußte durch die Organisationsleitung beigelegt werden, aber ich erwähne bloß diese Angelegenheit, weil ich dabei die Beobachtung machen konnte, daß der Verbandsvorstand manchmal etwas sehr bürokratisch ist. Der Redner bringt dann Daten über die unterschiedliche Behandlung der männlichen und weiblichen Arbeiter Sowjet-Rußlands, wo der Steindruckmaschinenmeister 109 Rubel, die Einlegerin 68 Rubel, der Buchdruckmaschinenmeister 90 und die Einlegerin 58 Rubel monatlich erhält. So sehen Theorie und Praxis aus. In einem leichten Moment hat die „Rote Fahne“ einmal geschrieben, auch die radikalste Gewerkschaft ist an die wirtschaftlichen Gesetze gebunden und der Glaube ist daher irrig, daß die Kommunisten nur auf Grund ihrer Anschauungen und ihres Programms mehr erreichen könnten als andere Gewerkschaften, wenn nicht die reale Macht hinter ihnen steht. Auch in Rußland gibt es Schlichtungsstellen. Das Internationale Arbeitsamt hat darüber eine recht interessante Statistik aufgemacht. Wie haben nun diese Schlichtungstammern entschieden? Es ist festgestellt, daß vom Oktober 1926 bis März 1927 zugunsten der Arbeiter 27 Proz. der Sprüche, zugunsten der Betriebe, also der Arbeitgeber, 31 Proz. und durch Verständigung 40 Proz. erledigt wurden. So geht das weiter. Die russische Schlichtungsweise ist also keineswegs ein Ding, das dem russischen Arbeiter große Freude bereitet. Darum ist es Demagogie der deutschen Kommunisten, wenn sie von Schlichtungsschwindel reden.

Heilmann-Köln: „Verehrte Freunde von links, ich habe hier im Gau auch einige Mitglieder von eurer Partei, die in praktischer Arbeit über den Schlichtungsschwindel ganz anders denken. Die haben mir dußende Male gesagt, warum es nicht möglich ist, den Steindrucktarif für den Niederrhein verbindlich erklären zu lassen. Wir konnten auch dort bei der Vereinbarung nichts erzielen und mußten den Schlichtungsausschuß anrufen. Das Gebiet ist aber nach den Vorschriften zu klein, so daß der Spruch nicht verbindlich erklärt werden kann. Es kommt mir eigenartig vor, wenn wir als Hilfsarbeiter immer die Forderung stellen, „wir verlangen den graphischen Industrieverband“. Darüber haben doch auch noch andere zu bestimmen. Sollen wir etwa darum betteln? Wenn die Einsicht bei den Buchdruckern und andern Verbänden nicht da ist, werden wir eben warten, bis sich organisch die Dinge entwickeln. Ich betrachte es durchaus nicht als Schaden, wenn die praktische Arbeit zur Verwirklichung der Industrieorganisation sich schon dadurch zeigt, daß die Behilfen bereit sind, in den Zahlstellen für unsere Kollegen mitzuwirken. Ein Wort zur Solidarität. In den Berichten darf nur das niedergelegt werden, was von allgemeinem Interesse ist. Es könnte mancher lange Artikel weglassen, aber die Schreibweise unseres Kollegen **Schulze** wird zweifellos bei der Kollegenschaft anerkannt. Seine Art findet man selten in der Gewerkschaftspresse, die so wirklich zu den Kollegen spricht. Wir müssen uns von dem Gedanken tragen lassen, daß das geschriebene Wort an unsere Mitglieder im ganzen Reich gerichtet ist und jeder begreifen muß, was da steht. Ich glaube, daß eine deutlichere Sprache wie die unres Kollegen **Schulze** nicht gebraucht werden kann.

Meier-Augsburg: Der Reichstarif ist seit 8 Jahren aufgebaut und seit der Zeit hat sich in der Lebenshaltung viel geändert. Wir müssen unsere Aufgabe darin sehen, das Lohnklassensystem zu verbessern. Zum Kassenbericht wäre zu sagen, daß die vorhandenen Summen jedenfalls nicht ausreichen werden, um evtl. die Anträge auf Erhöhung der Unterstützung zu decken. Ich kann verraten, daß die Provinz nicht für eine Erhöhung der Beitragsleistung ist oder doch nur, wenn die Invalidenunterstützung tatsächlich eingeführt

wird. Dem Kollegen **Schulze** möchte ich sagen, daß für den Betriebsrateteil nicht so viel getan wird, wie es notwendig ist.

Wolken-Weipzig: Wir sind mit dem Bericht des Kollegen **Lodahl** zufrieden, haben aber in einigen Orten Schmerzen, von denen **Lodahl** vielleicht gar nichts weiß. Da sind die Beschlüsse der Ortsausschüsse, die die Organisationen wesentlich belasten durch die Verpflichtungen zur Beteiligung am Bau von Gewerkschaftshäusern.

Beyer-Weipzig: Man kann dem Verbandsvorstand sein Mißtrauen ausdrücken, wie es mein Freund **Lindner** hier getan hat. Unse Kollegenschaft in Weipzig war enttäuscht wie in ganz Deutschland, hat aber eingesehen, daß gegen einen verbindlich erklärten Spruch niemand mehr angehen kann. Deshalb kann ich auch die Ausführungen des Kollegen **Hermann** nicht verstehen, der glaubt, daß ein anderer Spruch zustande gekommen wäre, wenn sich größere Städte der Bewegung angeschlossen hätten. Die Auffassung des Kollegen **Schulze** teilen wir nicht, obwohl er in dem Punkte recht hat, daß die Auslegung der Urteile in den einzelnen Städten sehr verschieden ist. Es ist aber immerhin Material, das man bei schwierigen Fragen und Verhandlungen verwenden kann, und deshalb ist es notwendig, daß solche Dinge in der „Solidarität“ gebracht werden. Wenn **Schulze** wieder sein Klageged über die Mitarbeit antimmt, so müssen wir ihm zum großen Teil recht geben. Früher ging den Verbandsstagen in der Zeitung ein reger Meinungsaustausch voraus, um schon die Kollegenschaft für den einen oder andern Antrag zu gewinnen. Wir sehen davon heute nichts mehr. Auch **Springer** hat schon zugegeben, daß die Zeitung sich verbessert hat, und damit ist noch nicht gesagt, daß man vollkommen zufrieden ist, aber es ist eine Wandlung eingetreten. Solange nicht die objektiven und subjektiven Voraussetzungen für den Industrieverband bestehen, müssen wir uns mit dem jetzigen Zustand abfinden. Ich habe hier namens der Weipziger Delegierten mit Ausnahme von **Lindner** dem Verbandsvorstand das Vertrauen auszusprechen.

Lohse-Hamburg: Wer als Gauleiter mit dem Verbandsvorstand zusammenarbeitet, wird unbedingt zu der Ansicht neigen müssen, daß seine Tätigkeit eine gute gewesen ist. Auch der Kassenbericht beweist uns, daß wir in den drei Jahren große Fortschritte gemacht haben. Auch das ist ein Beweis unseres Fortschritts. Ueber die „Solidarität“ möchte ich sagen, daß wir seit Bestehen unseres Verbandes versucht haben, sie zu verbessern, wir haben Kritik geübt, als unsere Fortschritte in Thiede das Blatt redigiert hat, als **Bucher** die „Solidarität“ schrieb und jetzt an der Schreibweise des Kollegen **Schulze**. Aber ich habe Verständnis dafür, daß jeder in seiner Schreibweise immer wieder subjektiv bleiben wird. Wir können ein allgemeines Gebot, wie das Gewerkschaftsleben es sein soll, nicht so behandeln, wie es jedem einzelnen Mitgliede gefallen wird. Kollege **Schulze** wird sich sicher weiter bestrengen, die „Solidarität“ auszugestalten. Beständigen wollen wir, daß sie besser geworden ist. Wir sind mit der Tätigkeit des Verbandsvorstandes einverstanden.

Hornke vertieft folgende Entschliessung:

Der in Köln tagende 9. Verbandstag der graphischen Hilfsarbeiter nimmt aus dem Bericht des Vorstandes über den Beschluß an die Buchdrucker-Internationale mit Beifremden von der Ablehnung durch die erweiterte Sekretariats-Kommission Kenntnis. Wenn die Ablehnung damit begründet wird, daß der Aufnahme nicht nachgekommen werden konnte, weil dem statutorischen Bestimmungen entgegenstehen, so muß ausgesprochen werden, daß der Wille zum internationalen Zusammenfluß an einer engherzigen Auslegung statutorischer Bestimmungen nicht scheitern darf. Der Verbandstag erwartet, daß das internationale Buchdrucker-Sekretariat seinen ablehnenden Standpunkt baldigst aufgibt und beauftragt den Verbandsvorstand, den angestrebten Anschluß an die Internationale weiter zu verfolgen.

Willy Großmann, D. Glath, D. Schäfer, Klaus, Ad. Strahlendorf, R. Schulze, G. Großmann, W. Runge, Karl Pöhl, F. Grah, Richard Arnold, Paul Rib, Franz Kujath, R. Günther, E. Pöhl, M. Hofmann, Max Horn, F. Lindner, Karl Wolfen, B. Höhn, G. Stamm, Otto Rohland, Walter Beyer, Albert Schmid, M. Süß, D. Thielemann, Springer.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird von **Rieger-Karlsruhe** kurz begründet. Neues könnte kaum noch gesagt werden. **Horn-Weipzig** verlangt Fortführung der Debatte, weil die Minderheit im Laufe der Diskussion angezapft worden sei. **Hornke** stellt kurz und verwundert fest, daß ihm von dem Bestehen einer Mehrheit oder Minderheit beim Verbandstag nichts bekannt ist. Der Schlußantrag findet mit großer Mehrheit **U n n a h m e**.

Die Schlußworte.

Redakteur **Schulze:** Die Kritik an der Tätigkeit des Redakteurs hat mich etwas überrascht. Denn ich habe während der Tätigkeit in den letzten drei Jahren mich absolut nicht umgestellt. Was heute gesagt wurde, hätte schon in Hamburg gesagt werden müssen. Wenn hier behauptet worden ist, bestimmtes Material wandere in den Papierkorb oder werde entstellt, oder ich füge besondere redaktionelle Schwänze an und schwäche dadurch die in dem vorausgegangenen Artikel geäußerte Ansicht ab, so stimmt das nicht. Es wird dem Kollegen **Lindner** außerordentlich schwer fallen, den Beweis für seine Worte anzutreten. Man soll nicht

mit Behauptungen kommen, die man nicht beweisen kann. Ziebler gegenüber möchte ich bemerken, daß ich den mir vorgelegten Bericht heute zum erstenmal (zu Beschl.) bekommen habe. Ich kann mich auch nicht erinnern, daß ich einen Bericht abgelehnt hätte. So zahlreich sind die Einsendungen ja nicht. Daß Berichte geändert werden müssen, ist allerdings richtig. Die Belehrung der Betriebsräte ist noch notwendiger als die Wieberegabe von arbeitsrechtlichen Entscheidungen, die meist noch nicht endgültig sind; in Frage kommen können nur Entscheidungen der Landes- und des Reichsarbeitsgerichtes, und selbst die kann man nur kurz stützieren. Die juristischen Begründungen sind ja den Funktionären, die sich dafür interessieren, für verhältnismäßig billiges Geld zugänglich. Natürlich bin ich auf Mitarbeit angewiesen, ich stehe ja nicht im Betrieb. Nur die Mitglieder können mir sagen, wo es im Betriebe steht.

Mit schärfstem Geschnitz hat mein Freund aus Berlin losgelegt, der die Zeitung unsagbar langsamig findet, weil er in Großbetrieben die Zeitung aus Fensterbreitern usw. ungeliefert herumliegen sieht. Ich kann über die Zeitung selbst kein abschließendes Urteil geben, ich glaube aber, daß die Langsamigkeit der Zeitung mit diesem Argument nicht bewiesen ist. Den Zustand hatten wir schon vor zwanzig Jahren. Er hat eine psychologische Ursache. Nur der Gegenstand hat für die meisten Menschen einen Wert, für den sie Aufwendungen besonderer Art machen müssen. Wenn Sie die Kollegen für die Zeitung besonders bezahlen lassen, werden sie sie auch ganz anders ansehen. So gilt sie als Duitung für ihren Verbandsbeitrag und wird auf die Seite gelegt. Ich kann — das sage ich sehr offen, meine Schreibweise nicht ändern. Ob sie langsamig ist, Sie müssen es beurteilen können. Wir können uns nicht einstellen wie die Lokalzeitung. In dieser Weise können wir nicht in dem Maße Rücksicht auf die Kollegen nehmen, die sich nicht entschließen kann, die Zeitung zu lesen. Leider kann ich in der Zeitung nicht so interessant schreiben, wie Kollege Günther hier und anderswo redet. Mit dem gesprochenen Wort in dieser Weise umzugehen, ist nur möglich, wenn man in großen Versammlungen seine Zuhörer hat und ein paar Witze erzählen kann; bei der Zeitung ist das anders. Außerdem möchte ich noch bemerken, daß ich auch andere Urteile über unser Verbandsorgan habe, die dem des Kollegen Günther diametral entgegenstehen.

Beiratsvorsitzender Schmidt verzichtet auf das Schlusswort.

Hornke teilt mit, daß Grünwald-Bien durch den Schlussantrag vorher die Möglichkeit genommen wurde, zur Frage des Anschlusses an die Steindruck-Internationale zu sprechen. Der Verbandstag ist einverstanden, daß Grünwald dazu in der Dienstag-Sitzung Gelegenheit gegeben werden soll.

Lodahl: Was Kollege Lindner über die Unterstützung gesagt hat, hat er wohl nicht ernst gemeint. Er kann ja bei seinen Mitgliedern in Leipzig Umfrage halten, wie sie über die Höhe der Unterstützung denken, und ich glaube, er würde mit seiner Ansicht nicht viel Beifall finden. Was die Kampfunterstützung betrifft, auf die er noch hingewiesen hat, so sind wir auch darin den Mitgliedern möglichst weit entgegengekommen. Wir haben uns nie eigherzig gezeigt. Was wir tun konnten, ist geschehen. Auch Gemächereitenunterstützung haben wir nie abgelehnt. Es ist ein Mißverständnis, wenn hier gesagt wird, ich hätte für eine Beitragserhöhung plädiert. Ich habe davon gesprochen, daß zum Teil der Beitrag nicht richtig geregelt ist, weil die unteren Beitragsklassen einen verhältnismäßig höheren Beitrag zahlen als die oberen. Bloß war noch der Meinung, daß für einen Streit auch zwanzig Millionen nicht ausreichen. Aber wir müssen wenigstens so viel Geld haben, um einen Streit eine gewisse Zeit aushalten zu können.

Kollege Wolke ist auf die Ertragsbeiträge eingegangen. In Leipzig allerdings hätten sie noch besser eingehen können. Der Durchschnitt im Reich beträgt 5,6 Beiträge, in Leipzig dagegen nur 5,4. In der Frage der Belastung der Gewerkschaften durch Beiträge für Gewerkschaftshäuser usw. können wir nicht helfen. Auch wir empfinden, daß da manchmal des Guten etwas sehr viel getan wird.

Verbandsvorsitzender Bucher: Es sind einige Gegenstände berührt worden, in denen dem einen oder anderen eine andere Haltung des Vorstandes lieber gewesen wäre. Mich wunderte allerdings Kollege Herrmann, der auf Grund der Dresdner Verhältnisse zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß der Vorstand zu viel Vertragstreue habe und in dieser Beziehung zu bürokratisch vorgehe. Entweder wir sind zueinander streu oder nicht. Ein Zwischending gibt es vermagstreu oder nicht. Nun ist gesagt worden, daß wir trotz allem über den Zwang hinweggehen können. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß sehr häufig Mut und Kampfkraft so lange wahren, als Versammlungs- und atmosphäre über den Massen lagert, und wenn es in den grauen Alltag hineingeht, wissen wir aus Erfahrung, daß zuerst die Frage auftaucht: Was bekommen wir? Das wird bei der Statutenberatung eine Rolle spielen. Wir streiten fast das ganze Jahr, aber nicht mit der ganzen Mannschaft. Wenn man in breiter Front angreift, kann man auch in breiter Front brügel beziehen. Wir kämpfen, wo es angebracht und notwendig ist. Die Erfolge, die wir errungen haben sind im Steindruck, im Schriftgießergewerbe, im Blech-

druck und anderen Gruppen sprechen dafür, daß unsere Taktik richtig ist. Die Ablehnung unserer Aufnahme in die Internationale der Buchdrucker ist kein durchschlagender Beweis für die Notwendigkeit der Industrieverbandegründung, wie Günther meint. Wir sehen in den Ländern, die gegen unsere Aufnahme sind, eine starke Organisation des Hilfspersonals nicht. Wir werden durch die dortige Kollegenschaft, durch die Hilfsarbeiterorganisationen, erst den notwendigen erzieherischen Einfluß auch auf die Gehilfenschaft ausüben müssen. Es muß möglich sein, Verbindung mit der auswärtigen Kollegenschaft zu finden, auf sie einzuwirken, daß auch dort ähnliche Verhältnisse wie bei uns geschaffen werden.

Ein Wort zum Industrieverband. Immer wieder wird uns diese Walze aufgezogen. Es scheint, als ob man die Absicht hat, damit die bisherigen Gegner des Industrieverbandes, wenn solche vorhanden sind, müde zu machen. Immer wieder dasselbe hören und sagen zu müssen, sollten wir uns abgewöhnen. In dem Augenblick, da wir in dieser gemeinschaftlichen Organisation unter den jetzigen Verhältnissen aufgeben, haben wir aufgehört, irgend etwas über unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu sagen. Ich muß das aussprechen, ohne den Gehilfen den Vorwurf zu machen, daß sie uns hindern würden. Die natürliche Gestaltung dieser Organisation würde etwas anderes gar nicht zulassen. Das sind reale Tatsachen, und deshalb soll das ewige Reden über diese Dinge, die sich erst in absehbarer Zeit gestalten können, aufhören. Wegen des Anschlusses an die Internationale sollten wir dem Vorschlag des Kollegen Krauß nicht folgen; durch die Inanspruchnahme des IGB. würden vielleicht Differenzen hervorgerufen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir uns nicht aufdrängen sollen; was in der Resolution zum Ausdruck gebracht wird, dürfte der gegebenen Situation Rechnung tragen. Wir werden die Dinge im Auge behalten. Ich bitte aber, durch Beschluß festzulegen, daß wir den Anschluß an die Internationale der Lithographen und Steindruckerei vollziehen und entsprechend der Resolution der Anschluß an die Buchdruckerinternationale von uns verfolgt und zu gegebener Zeit vollzogen wird.

Ein Wort zu unserer Zeitung. Ich war auch einmal der engere Berufskollege von Schulze auf dem Gebiete. Kollege Günther sagt: die Zeitung ist so langsamig; sie wird nicht gelesen. Aber woher weiß er das, wenn er sie nicht liest? Ich habe selbst erlebt, daß man das auch vor zwanzig Jahren schon gesagt hat. Was nützt es dem genialsten Redakteur, den schönsten Artikel zu schreiben, wenn ihn doch niemand liest. Das Urteil ist fertig. Sorgt doch im Betriebe dafür, daß die Kollegenschaft auf diesen oder jenen Artikel aufmerksam wird. Ich kann feststellen, daß eine ganze Reihe in- und ausländischer Gewerkschaftsblätter fortgesetzt anlesen bei der „Solidarität“ macht. Das dürfte ein Beweis dafür sein, daß unsere „Solidarität“ einen sehr weit vorgedrungenen Platz einnimmt. Unser Kollege Schulze hat bis jetzt verwechselt, die Zeitung interessant zu machen, ausflüßend zu wirken, und ich darf sagen, ich beurteile ein Gewerkschaftsblatt auch danach, wie es die Unternehmer beobachten und einschätzen, und die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ ist äußerst empfindlich gegenüber Auslassungen in der „Solidarität“. Im übrigen stelle ich anheim, durch Abstimmung ihr Votum über die Tätigkeit des Vorstandes abzugeben.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Kollegen Lindner-Leipzig erfolgen die Abstimmungen. Der Vertrauensantrag für die Verbandsleitung wird gegen drei Stimmen angenommen, eine Entschließung über den Industrieverband wird zurückgezogen. Die Entschließung über den Anschluß an die Internationale der Buchdrucker kommt einstimmig zur Annahme. Ein Antrag von Dresden über die rechtzeitige Zulassung der Redenschaftsberichte an die Delegierten wird zurückgezogen. Die Anträge zur Internationale werden angenommen bzw. als erledigt betrachtet, ein Antrag München über Forderung von Schutzbestimmungen für das weibliche Hilfspersonal in Buch- und Steindruckerei wird dem Verbandsvorstand als Material überwiesen.

Die Sitzung endet mit geschäftlichen Mitteilungen des Kollegen Heilmann.

Dienstag, den 26. Juni 1928.

Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Stach: Berlin: Anwesend sind 88 Delegierte, von denen 46 über 20 Jahre organisiert sind, 17 Delegierte haben davon ihr silbernes Verbandsdiploma gefeiert, 3 Delegierte sind länger als Hilfsarbeiter organisiert, als die Zentrale besteht.

Proteste sind eingegangen aus Breslau, Leipzig und Thüringen. Nach eingehender Behandlung dieser Proteste werden sämtliche Mandate für gültig erklärt.

In geschlossener Sitzung nimmt dann Kollege Hornke das Wort zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung

„Tarif- und Lohnfragen“.

Der Referent behandelte in seinen Ausführungen auch die dazu gestellten Anträge. Die Aussprache über das Referat ist sehr reger, sie stellt fest, daß eine zentrale Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen aller Berufsgruppen des Hilfspersonals als zweckmäßigstes Mittel zur Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Hilfspersonals angesehen wird.

Die dazu gestellten Anträge wurden dem Verbandsvorstand und der Verhandlungskommission überwiesen.

Von der Berufsinternationale der Buchdrucker ist eine Antwort auf die Einladung zum Verbandstag eingegangen, ebenfalls auf den Antrag um Aufnahme in die Internationale, die Kollege Bucher verliest.

Die Sitzung schließt mit geschäftlichen Mitteilungen.

Mittwoch, den 27. Juni 1928.

Die Tagesordnung erfährt eine Umstellung, weil der Referent, der über „Die Bedeutung der Arbeitsgerichtsbarkeit für das kollektive Arbeitsrecht“ sprechen soll, verhindert ist und erst später sein Referat übernehmen kann.

Der Verbandstag tritt in die

Statutenberatung

ein. Das Referat dazu hat der Verbandsstafierer, Kollege Lodahl.

Die uns heute vorliegenden Anträge zum Statut unterscheiden sich diesmal insofern etwas von denen der früheren Verbandstage, als eigentlich in diesen Anträgen von Unterstützungserhöhung so gut wie nicht die Rede ist. Einige Anträge, die eine gewisse Erhöhung der Beiträge bezwecken, haben zur Voraussetzung, daß die Unterstützungssätze erhöht werden sollen bzw. neue Unterstützungsweize geschaffen werden. Auch der Verbandsvorstand selbst hat keine Anträge auf Beitragserhöhung gestellt. Was er in dieser Hinsicht beantragt, ist lediglich ein bestimmter Zuschlag zum bisherigen Beitrag für den Fall, daß man die Invalidenunterstützung einführen soll. Unser Beitrags- und Unterstützungssystem ist durchaus auf einer gesunden Grundlage aufgebaut, so daß wir kaum Ursache zu größeren Veränderungen hätten. Die vom Bundesausschuß eingesetzte Verwaltungsreform soll versuchen, die Verbände in allen ihren Satzungen und Einrichtungen möglichst nahezubringen bzw. einheitliche Einrichtungen zu schaffen. Wenn wir unsere eigenen Beiträge mit den Vorschlägen der Verwaltungsreformkommission vergleichen, so können wir feststellen, daß kaum ein großer Unterschied vorhanden ist. Die Verwaltungsreformkommission stellt als Grundsatz auf, daß mindestens ein Stundenlohn als Beitrag erhoben wird. Das haben wir schon seit Jahren getan. Wir gehen etwas über einen Stundenlohn hinaus. Der Mindestsatz ist also erreicht worden. Die Verwaltungsreformkommission verlangt aber, daß dieser Stundenlohn voll und ganz an den Zentralverband abgeführt wird ohne jeden Abzug. Es dürfen also keine Prozente davon zurückgehalten werden. Es sollen auch keine weiteren Verwaltungskosten, keine Gehälter der Angestellten usw. davon bezahlt werden. Wenn wir das alles berücksichtigen, so können wir feststellen, daß wir auch eigentlich nicht mehr als einen Stundenlohn erheben. Unter Umständen kann es sich herausstellen, daß der Stundenlohn, der an die Hauptkasse abgeführt wird, bei uns noch nicht einmal erreicht wird. In bezug auf die Höhe der Beiträge stehen wir durchaus auf dem Standpunkt, den die Verwaltungsreformkommission einnimmt. Der Redner geht dann auf die von den verschiedenen Jahrestellen eingebrachten Anträge zur Statutenänderung ein und ist der Ansicht, daß Unbequemlichkeiten im jetzigen Beitragssystem beseitigt werden müssen. Er macht den Vorschlag, statt der 5-Mark- eine 4-Mark-Staffel einzuführen und bei einem Beitragsatz von 30 Pf. für 12 Mark Wochenverdienst zu beginnen. Das Beitragssystem würde dann wie bisher bleiben, nur mehr gerecht sein. Fast alle Unterstützungsanträge sehen eine Erhöhung der Sätze und gleichzeitig eine Verlängerung der Bezugsdauer vor. Das Ganze hat den Fehler, daß gar keine Deckungsanträge vorliegen. Wir müssen das Geld jedenfalls aus den bisherigen Einnahmen nehmen. Das ist gefahrlich.

Nun zur Einführung der Invalidenunterstützung. Sie hat uns ja zu wiederholten Malen beschäftigt und ist bisher immer abgelehnt worden. Eine der letzten Gauleiterskonferenzen hat sich auch damit beschäftigt. Weil die Wünsche in der Mitgliedschaft im allgemeinen dahin gehen, eine Invalidenversicherung einzuführen, hat man den Vorstand beauftragt, eine dementsprechende Vorlage auszuarbeiten. Das ist geschehen. Es ist für uns ein vollständig neues Gebiet und wir müssen erst sehen, wie sich die Sache entwickelt. Haben wir eine Ueberflucht gewonnen, ist noch immer Zeit, diese Unterstützung weiter auszubauen und besser zu gestalten. Wir müssen zunächst einen bescheidenen Anfang machen. Ich möchte Ihnen daher empfehlen, nicht über die Vorschläge des Verbandsvorstandes hinauszugehen.

Ueber die Debatte können wir nur ganz allgemein berichten. Alle Orte, die Anträge zur Statutenänderung gestellt hatten begründeten ihre Vorschläge. Besonders umstritten war die Einführung der Invalidenunterstützung. Ein genügend unterstützter Antrag, wegen der Invalidenunterstützung eine Urabstimmung vorzunehmen wurde eingebracht.

Donnerstag, den 28. Juni 1928.

Die Aussprache über die Anträge zur Statutenänderung werden fortgesetzt. Unter anderem spricht auch Kollege Grünwald vom österreichischen Geneseförderbund. Als ein Antrag auf Schluß der Debatte eingeht, waren noch 17 Redner eingezeichnet. Der Antrag wird angenommen.

Darauf spricht Kollege Bucher über die Stellung-

nahme des Vorstandes zur Invalidenunterstützung und macht dazu grundsätzliche Ausführungen, die zur Voricht bei Einführung mahnen.

Er geht dann auf die Anträge über Teilnahme des gesamten Vorstandes und des Beirats am Verbandstag ein und bittet um Annahme dieser Anträge. Außerdem soll aber die Zusammenfassung des Beirates und seiner Befugnisse hier grundsätzlich entschieden werden. Eine Entscheidung über Gewährung von Ergänzungsleistungen zu Wechnachten für arbeitslose, kranke und invalide Mitglieder muß ebenfalls herbeigeführt werden.

Nach dem Schlußwort des Verbandsstellers, Kollegen Lodahl, erfolgen die ersten Abstimmungen zur Statutenänderung. Der Antrag auf Urabstimmung über Einführung der Invalidenunterstützung wird gegen 20 Stimmen abgelehnt.

Die Einführung der Invalidenunterstützung wird gegen 16 Stimmen angenommen.

Die Einführung einer Sterbekasse wird gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Breslau, in den Beirat nur fünf Mitglieder zu wählen, wird gegen 8 Stimmen abgelehnt. Mit 54 Stimmen wird folgender Antrag Stuttgart angenommen:

„Der Verbandsbeirat besteht aus sieben Mitgliedern. Die Orte, welche den Beirat zu wählen haben, werden auf dem jeweiligen Verbandstag bestimmt. Die Beiratsmitglieder dürfen nicht besoldete Angestellte des Verbandes sein. In der ersten Sitzung nach der Wahl konstituiert er sich und wählt seinen Vorsitzenden.“

Ebenfalls zur Annahme gelangt nachstehender Antrag des Beirats: „Allen übrigen Beiratsmitgliedern steht das Anwesenheitsrecht auf dem Verbandstag zu.“

Für den Antrag Breslau, der die Revisoren zu Vorstandsmitgliedern machen wollte, hebt sich keine Hand.

Der Antrag, daß alle Vorstandsmitglieder ein Anwesenheitsrecht auf dem Verbandstag haben, wird angenommen, abgelehnt aber ein Antrag Berlin, daß Gauleiter auf dem Verbandstag nicht mehr Sitz und Stimme haben sollen. Ein Antrag Berlin, den Verbandsbeirat auch bei Beschwerden über die Redaktion entscheiden zu lassen, wird angenommen.

Dann folgt als nächster Gegenstand der Tagesordnung

Agitation,

der zusammen behandelt wird mit dem Thema:

Die materielle und kulturelle Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit.

Dazu spricht Kollegin Gertrud Hanna, M. d. L. In allen Ländern mit entwickelter Kultur bilden heute die Frauen einen erheblichen Teil der Menschheit, die ihren Lebensunterhalt ganz oder teilweise durch Arbeit erwerben oder erwerben wollen. In Deutschland gibt es 11 1/2 Millionen hauptberuflich erwerbstätige Frauen. Die Zunahme der Zahl der als Arbeiter in der Industrie, im Handwerk und im Handel und Verkehr beschäftigten Frauen beträgt seit 1907 rund 48 Proz. Im Durchschnitt kommt in diesen Berufsabteilungen auf je drei Männer eine Frau. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die Zahl der Frauen, die überhaupt im Arbeitsprozeß stehen, erheblich größer ist, als in der Statistik durch die Erfassung der hauptberuflich Erwerbsarbeit verrichtenden Frauen zum Ausdruck kommt.

Angesichts solcher Tatsachen dürfte es für einsichtige Menschen keinen Zweifel darüber mehr geben, daß die Auffassung, das der Frau von der Natur zugewiesene Arbeitsgebiet ist das Haus und die Hauswirtschaft, nichts anderes als eine aus vergangenen Zeiten übernommene Redensart ist, die heute und für absehbare Zeit keine Grundlage entbehrt.

Es ist falsch, anzunehmen, daß Frauenarbeit als Mittel, den Lebensunterhalt ganz oder teilweise zu erwerben, eine Erscheinung der Neuzeit sei. Immer waren Frauen verhältnismäßig stark zu diesem Zwecke beschäftigt, soweit sie einer Gesellschaftsschicht angehörten, in der Arbeit Voraussetzung für die Existenz war. Eine Erscheinung der Neuzeit ist lediglich das Sichtbarwerden von Frauenerwerbsarbeit.

Es ist besonders nötig in einem Beruf wie dem unserigen, einzusehen, daß Frauenerwerbsarbeit immer mehr Dauerzustand wird. In unserem Berufe ist keine längere Lehrzeit erforderlich; er wird statt von der Entwicklung der Technik beeinflusst. In solchen Berufen ist der Erfolg von Männern durch Frauen noch sehr viel leichter möglich als in Berufen mit traditionsgemäß handwerklicher Lehre. Aber auch diejenigen, die keine Gegnerschaft gegen Frauenarbeit wollen, weil sie sie für zwecklos und dann auch für unbedeutend halten, dürfen nicht wollen, daß die Ausbreitung von Frauenarbeit aus anderen als aus sachlichen Gründen erfolgt. Sie dürfen insbesondere nicht wollen, daß sie erfolgt, weil sie billiger ist als Männerarbeit. Das aber wird häufig versucht.

Es gibt wichtige Arbeitsarten, für die sich Frauen besser eignen als Männer. Dazu gehört zum Beispiel das Anlegen, namentlich bei schnelllaufenden und kleineren Maschinen. Noch mehr trifft dies aber für andere Berufszweige zu. Zum Einziehen der Räden in Glühlampen wird man zum Beispiel keinen Mann anstellen, solange Frauen verfügbar sind, selbst wenn sich Männer zu dem gleichen Lohn anbieten würden.

Wenigstens ist zu sagen von einer Reihe Arbeitsrichtungen in der Textilindustrie und in anderen Berufszweigen. Für das zu fertigende Arbeitsstück ist die Arbeit der Frauen von großem Wert. Trotzdem erhält sie nur zwei Drittel der Männerlöhne, und zwar nicht etwa der Löhne gelernter Arbeiter, sondern der Löhne von Fach- und Hilfsarbeitern. In unserem Beruf werden die Frauen — im Vergleich zu anderen Berufen — verhältnismäßig gut bezahlt. Trotzdem ist das Verhältnis der Bezahlung der weiblichen Hilfskräfte in Druckereien zu den Löhnen der männlichen Hilfskräfte zwei Drittel. Recht oft aber besteht zwischen der Arbeit der Kolleginnen und der der Kollegen kein oder doch kein erheblicher Unterschied.

Wir Gewerkschaften kennen im allgemeinen den Weg zur Bekämpfung niedriger Löhne. Er heißt: Organisation der Arbeitnehmer. Zur Bekämpfung der niedrigen Frauenlöhne ist aber mehr notwendig. Zunächst ist Erkenntnis, daß der Frauenlohn zu niedrig ist, auch relativ zu niedrig ist, nicht nur absolut. Es gehört ferner dazu, daß wir die Frauen nicht nur organisieren, sondern auch mehr für die Mitarbeit an den Organisationsarbeiten interessieren und heranziehen, als dies bisher geheißen ist.

Hier wird mir wohl entgegengehalten werden: Das ist vergebliche Mühe. Die Frauen sind für die Mitarbeit nicht zu haben. Das stimmt aber nicht ganz. Unser Verband ist doch gerade ein Beweis dafür, daß Frauen für die Mitarbeit geeignet und auch dafür zu haben sind. Ich brauche ja nur einige Namen zu nennen: Paula Thiede, Sophie Teske, Luise Burkert, Auguste Bosse. Auch ich darf mich als Beweis dafür anführen, daß selbst aus der Reihen der ungelerten Arbeiterinnen und aus der Arbeit in der Gewerkschaftsbewegung sich Kräfte entwickeln können, die ihr beständiges Teil an der Arbeit für die Höherentwicklung der Arbeiterklasse beitragen können. Ich nenne ferner die Genossin Gertrud Lodahl, die Frau unseres Kollegen Lodahl, die in der Genossenschaftsbewegung eine nicht unbedeutende Rolle spielt, und die sich ihre Sporen auch als unsere Berufsangehörige und in unserer Organisation verdient hat. Frauen lassen sich schon für die Arbeit gewinnen — wenn in absehbarer Zeit aus einer Reihe von Gründen auch nicht in solcher Zahl wie Männer —, wenn man sich Mühe gibt, und wenn man die Gründe berücksichtigt, warum Frauen namentlich im Anfang schwächerer sind im öffentlichen Auftreten als Männer.

Unser Verband ist freilich auch Beweis dafür, daß Frauen nicht nur als zahlende Mitglieder gewertet werden, sondern daß man sie auch heranzieht zu den Arbeiten des Verbandes und zu repräsentativen Posten. Das beweist die Vertretung unserer Mitglieder durch Frauen auf diesem Verbandstag, die zwar immer noch nicht ausreicht, die aber doch im Vergleich zu der Stellung in anderen Verbänden günstig abfällt. Auch bei uns könnten aber mehr weibliche Helfer in unserer Organisationsarbeit nur günstig wirken, und ein Teil ließe sich finden, wenn sich die Kollegen ein wenig mehr Mühe geben würden als bisher, und auf die Frauen im Anfang ein wenig Rücksicht nehmen würden.

Das wollte ich den Männern sagen und auch den Frauen, die hier vertreten sind, und auch denen, die nicht hier sind, die aber doch hoffentlich durch das Protokoll und durch die Berichterstattung von dem Gehörten Kenntnis erhalten.

Die Frauenerwerbsarbeit ist in allen Berufen zahlenmäßig und materiell bedeutungsvoll. Sie ist auch eine Quelle für kulturellen Fortschritt in der Entwicklung der Frauen und im Leben der Arbeiterklasse. Sie kann aber auch eine Quelle großer materieller und kultureller Schäden werden, wenn die Arbeiterschaft sich der nicht aufzuhaltenden Entwicklung nicht anpaßt. Diese Schäden zu vermeiden und dem Aufstieg der Arbeiterschaft zu höherer Kultur die Wege zu zeigen, war der Zweck meines Vortrages. Es muß in der Zukunft noch mehr als in der Vergangenheit unser Streben sein, alle Kräfte in der Arbeiterschaft zusammenzufassen, damit endlich Wirklichkeit wird, was der Sinn und der Zweck der Arbeiterbewegung ist und was zusammenfassend ausgesprochen ist in dem bekannten Arbeiterkampflied, in dem es heißt:

Der Erde Blut, der Sonne Pracht,
Des Geistes Licht, des Wissens Macht,
Dem ganzen Volke sei's gegeben,
Das ist das Ziel, das wir erstreben!

Wilhelmine Runge-Berlin: Ich möchte mich voll und ganz der Kollegin Hanna anschließen, die aus vollem Herzen die Dinge schildert hat, wie sie im Leben wirklich sind. Die Interessiertheit der Kolleginnen in der Organisation ist sehr groß, wie überhaupt von wirtschaftlichen und kulturellen Dingen nicht viel gehalten wird. Wir haben die „Solidarität“, sehr oft wird sie von den Kolleginnen ungelesen weggeworfen. Die Kolleginnen gehen heraus aus der Organisation, kommen wieder hinein und beklagen sich über alle möglichen Dinge. Die Arbeiterin wird schlecht bezahlt, sie wird aber nur deswegen schlecht bezahlt, weil sie der Organisation gegenüber nicht das notwendige Interesse aufbringt und so zur Verbesserung der eigenen Lebenslage nichts tut. Das kann die Verbandsleitung nur ändern, wenn sie auf die Mitarbeit der Kolleginnen rechnen kann.

Lina Wolf-Dresden: Wir müssen die Kolleginnen mehr interessieren, damit sie sich am öffentlichen

Leben, am politischen und gewerkschaftlichen Leben beteiligen, daß wir schließlich mehr in die Parlamente hineinkommen und der Einfluß der Frau auch dort größer wird. Auch soll man die Frau mehr als gleichberechtigt ansehen, was selbst bei unsern organisierten Kollegen nicht immer der Fall ist. Sie wird zum großen Teil als Eindringling betrachtet, weil immer angenommen wird, daß sie im Erwerbsleben lohnbrüchig wirkt. Im Produktionsprozeß werden an die Frau heute viel größere Anforderungen gestellt, wie früher. Weil die Frau ins Erwerbsleben hineingepreßt wird, müssen wir für größeren Arbeiterinnenschutz und stärkere Aufsicht durch die Gewerkschaft über die hygienischen und sanitären Einrichtungen der Betriebe eintreten. Ich möchte wünschen, daß sich unsere „Solidarität“ noch mehr für die Frauenfrage interessiert.

Irma Obermeit-Hamburg: Es ist nicht immer nur Lampenfieber, was die Frau von der Beteiligung im öffentlichen Leben zurückhält. Die Genossin Hanna erklärt hier, es sei ein Schlagwort der Männer, daß Frauenerwerb Hausarbeit sei. Das ist nicht nur ein Schlagwort der Männer, sondern Frauenerwerb ist tatsächlich Hausarbeit. Nur muß sie sie hinterher machen, wenn sie die Arbeit im Betriebe hinter sich hat und ist dadurch viel mehr angestrengt wie der Mann. Die Frau fängt nach acht Stunden Betriebsarbeit mit ihrer Arbeit erst an. Wenn die Frau mehr Zeit hätte, würden wir viel mehr Frauen haben, die am öffentlichen Leben teilnehmen. Früher hat der Arbeiter Bücherfranke, Kfzimmer und dergleichen nicht gekannt, heute gibt es in dieser Beziehung viel größere Ansprüche wie früher und die Frau ist schon dadurch gezwungen mitzuarbeiten und mehr zu arbeiten. Die Frau muß mitarbeiten, bis ein Arbeiter so gut gestellt ist, daß er es der Frau ermöglichen kann, zu Hause zu bleiben.

Klara Stopp-Zwickau: Ich komme vor allem auf unsere Erziehung zurück, die uns immer nur aufgab, Bibelsprüche zu lernen. Sie hat ein großes Teil der Schuld daran, daß wir noch so weit rückständig sind. Wenn weiter gesagt wurde, daß wir in bezug auf Gleichstellung der Löhne den Männern noch nicht nachgekommen sind und in der Agitation weniger tätig sind, so kann ich hier den Vorwurf nicht unterlassen, daß man den vorwärtstrebenden Kolleginnen vom Verbandsvorstand und den Gauleitungen etwas mehr Beachtung schenken sollte, ihnen etwas mehr Material an die Hand geben muß, daß sie sich weiterbilden können. Aber unsere Männer wollen ja unsere Gleichberechtigung gar nicht, sie wollen sie nur, wie wir in Zwickau feststellen konnten, wenn es sich darum handelt, gleiche Beiträge zu zahlen. Die Frage der Doppelverdiener spielte auch einmal in der Partei eine große Rolle. Wir müssen feststellen, daß nur Frauen mit einem oder gar keinem Kinde auf Arbeit gehen können, die, die es wirklich nötig haben dagegen nicht. Aus diesem Grunde bin ich strotzige Gegnerin der Doppelverdiener.

Luise Taubmann-Nürnberg: Der alte Standpunkt, daß die Ehe eine Versorgungsanstalt sei, ist längst überlebt, nur unsere Frauen wollen das noch nicht erkennen. Gerade durch die Ehe sind sie gezwungen Erwerbsarbeit zu leisten. Unsere Agitation ist natürlich dadurch erschwert. Wir in Nürnberg allerdings können das nicht feststellen. Bei uns leben wir, daß im Steindruck die Männer viel schlechter zu gewinnen sind, wie die Frauen. Die Frauen bleiben uns auch treu. Die Agitation muß immer den Verhältnissen entsprechend behandelt werden. Wir haben die besten Erfahrungen mit Geschäftsverfammlungen gemacht. Da ist es leicht, die Arbeiterinnen zusammenzufassen. Berallgemeinern kann man das natürlich nicht. Unser Verband besteht in der Mehrzahl aus weiblichen Mitgliedern, wir sehen aber nur sehr wenige weibliche Delegierte hier. Ich hoffe und wünsche, daß wir beim nächsten Verbandstag mehr weibliche Delegierte sehen und bitte die Kollegen dafür in den Gauen zu sorgen.

Klaus-Berlin: Von der Zahl der Mitglieder hängt die Stärke des Verbandes ab. Aber nicht nur die hohe Zahl ist maßgebend, sondern das prozentuale Verhältnis der Organisierten zu den Unorganisierten im Betrieb. Das erfreuliche Ergebnis der außerordentlichen starken Mitgliedschaften im Buchdruck entbehrt uns nicht der Pflicht, auch den letzten Rest für unsere Organisation zu gewinnen. Wir können nicht mehr viel mit dem Stapel Broschüren und Versammlungen mit einem Vortrag über die Aufgaben der Gewerkschaften anfangen. Wie müssen die neuen Methoden nun aussehen. Es ist die direkte persönliche Führung, die heute das unerlässlichste Mittel für eine erfolgreiche Agitation ist und die beste Stelle hierzu ist bekanntlich der Betrieb, weil man dort die Arbeiter am besten fassen und ihnen manche praktische Beispiele vorführen kann, die theoretisch nur schwer zu klären sind. Der beste Mann für die Organisation ist der Verbandsfunktionär, der Kassierer oder Vertrauensmann, der Betriebsrat. Sie sind dauernd mit der Kollegenschaft zusammen, haben alle großen und kleinen Beschwerden nicht nur entgegenzunehmen, sondern so zu regeln, daß der Kollege oder die Kollegin davon einen Vorteil hat. Unsere Pflicht als Organisation ist es, diesen Trägern der Agitation das Rüstzeug zu ihrem Wirken zu geben. Wir müssen unsern Funktionen eine möglichst große Bildung geben, damit sie allen Aufgaben, die sich auf die Agitation und auf die Vertretung der Kollegen beziehen,

gewachsen sind, so in Wirtschaftsfragen, kulturellen Fragen, Fragen des Arbeitsrechts, der Sozialversicherung usw.

Franz-Dresden: Ich will nur auf das Kapitel des Mannes eingehen, der sich in vieler Beziehung genau wie der Kapitalist dem Arbeiter gegenüber dafür einsetzt, daß die Frau recht dumm und recht ruhig bleibt. Dann möchte ich auch unsern Freunden von links sagen, daß sie in ihren eigenen Reihen den Männern sagen, was in der Auffklärung der Frauen notwendig ist. Heute sind wir Männer selbst diejenigen, die unsere Frauen und Mädchen mit unterdrücken. Es ist bedauerlich, daß man das hier aussprechen muß, unsere Kollegin Hanna hat die Verhältnisse der Heimarbeit drastisch geschildert. Wir haben in Sachsen viel Blumen- und Textilindustrie. Die Männer erreichen lange nicht die Löhne wie in anderen Berufen und die Folge ist die Mitarbeit der Frauen. Der Mann verlangt ja seine Ordnung und begreift nicht, daß er seiner Frau auch bei der Hausarbeit helfen muß.

Hanna-Koß-Leipzig: Wenn wir als Kolleginnen Geschäftsverfammlungen in den Betrieben machen, sind es gewöhnlich die Kollegen, die uns mit wegwerfender Handbewegung empfangen. Auch den Gehilfen in gemeinsamen Betriebsversammlungen, hauptsächlich im Steindruck, kann ich diesen Vorwurf nicht ersparen. Daß die Frau nicht aus sich herausgeht, bedingen wirtschaftliche Verhältnisse. Weist sind es Mütter und Frauen, und der Mann hat die Auffassung, daß die Frau in Versammlungen usw. nicht hingehört. Die Stellungnahme der Kollegin Stopp zur Frage der Doppelverdienere begreife ich nicht. Ich habe mit dafür gefordert, daß bei uns die betreffende Demobilisationsbestimmung gefallen ist, weil sie sich nur gegen Arbeiterfrauen richtete.

Fiedler-Essen: Der Erfolg unserer Agitation hängt nicht von Bildung und Wissen, sondern in erster Linie vom Willen des einzelnen ab. Wir können Kollegen haben, die noch so gut ausgebildet sind; stehen sie in einem kleinen Betriebe, so können sie ihr Wissen oft nicht verwerten. Den Vorteil hat da in erster Linie der Großbetrieb. Das Willen des einzelnen in der Organisation hängt aber davon ab, wie wir es verstehen, auf die Gesamtheit unserer Mitglieder einzuwirken. Die Frau will heute nicht für ihre persönlichen Bedürfnisse arbeiten, sondern im Interesse der Gesamtheit, der Allgemeinheit. So muß die Frauenarbeit gewertet werden. Ich möchte erfragen, daß der Verbandsvorstand und die Redaktion grundsätzlich einmal zu diesem Problem Stellung nehmen, um so den Kollegen die Möglichkeit zu geben, den richtigen Weg zu finden. Kein Kollege wird seine Frau aus dem Haushalt jagen, wenn er ein gutes Einkommen hat.

Beyer-Leipzig: Die Prozentzahl der im Buchdruck organisierten ist nicht höher als im Steindruck. Durch die politischen Zerwürfnisse, die eingetreten sind, ist die Agitation innerhalb der Kollegenschaft viel schwächer und viel größer geworden. Die mündliche Agitation ist die beste. Darüber sind wir uns vollständig klar. Wenn aber die Mitgliederzahl in den großen Orten anschwimmt, läßt sich das mündlich nicht mehr machen. Da muß man ganz hartgefoffene durch Hausagitation gewinnen. Im übrigen müssen wir selbstverständlich unser Hauptaugenmerk auf das Versammlungswesen und die Zusammenarbeit zwischen Funktionären und Mitgliedschaft legen. Es wird versucht, durch Geselligkeit das Zusammenleben zu heben. Wir haben damit auch große Erfolge gehabt, doch zeigte sich, daß die Opposition dies mit aller Entschiedenheit bekämpft und dafür sorgt, daß die Veranstaltungen nicht besucht werden.

Menges-Darmstadt: Ich möchte empfehlen, daß wir in gutem Einverständnis mit unseren Bruderorganisationen zusammenarbeiten. Es darf sich niemand von Kleinigkeiten leiten lassen. Die Kollegen der Buchdrucker wie der Steindrucker und Buchbinder haben sich bei uns immer bereit gefunden, mit uns gemeinschaftlich die Organisation in jeder Beziehung zu stärken. Wenn wir diesen Einheitsgedanken immer so erfassen, wie es notwendig ist, bin ich überzeugt, daß dies das beste Agitationsmittel ist. Die Frauen müssen einmal in ihren eigenen Reihen nachsehen und mehr agitieren. Unsere Kolleginnen müssen mehr aus sich herausgehen und mit uns Hand in Hand die Agitation vornehmen.

Lang-Steindruckerverband: Einzelfälle, in denen die Steindrucker die Agitation der Hilfsarbeiter stören können, dürfen nicht verallgemeinert werden. Wenn schon solche Fälle vorkommen, können wir nicht zur Verantwortung gezogen werden. Auf der anderen Seite können wir ja auch die Behauptung aufstellen, daß die Frauen auch nicht alle Engel sind. Im übrigen soll man die Sache nicht zu breit treten. Es macht einen schlechten Eindruck. Wenn solche Einzelfälle vorkommen, so mußte man jederzeit in der Lage sein, diese Fälle durch Verhandlungen zu beseitigen, indem man sich an unseren Vertrauensmann oder an den Ortsvorsitzenden wendet.

Hornke-Verbandsvorstand: Alle Reibungen müssen natürlich vermieden werden. Wenn solche Fälle nicht am Ort selbst geregelt werden können, muß sich die nächst höhere Instanz damit befassen. Daß es hier und da, wo zwei und noch mehr Menschen zusammen sind, zu Zwischenfällen kommt, ist begreiflich.

Vindner-Leipzig: Die Hauptaufgabe unserer Organisation ist, Frauenagitation zu treiben. Die Frauenarbeit wird nur als Mittel zum Zweck betrachtet. Das ist natürlich falsch. Die wirtschaftliche Befreiung der Frau ist nur dann gewährleistet, wenn die Frauenarbeit ebenso wie die Männerarbeit betrachtet wird und die Frau nicht als zweiklassige Arbeitskraft, sondern gleichberechtigt mit dem Manne, behandelt wird. Unsere Aufgabe ist es, auf diesem Gebiet Forderungen aufzustellen und deren Verwirklichung zu erstreben, damit die Frau auch in der Lage ist, künftig als Arbeiterin mitzuwirken. Die schwangere Frau muß mehr Schutz erhalten. Zwei Monate vor der Entbindung muß die Frau unbedingt von jeder Arbeit befreit werden. Die Kinderfürsorge muß staatlich sein. Ein großer Faktor bei der Agitation ist das Radio, die Musik des armen Mannes. Durch Radio wird den Frauen gerade das, was wir vorher aus ihr herausgebracht haben, wieder eingehämmert. In Deutschland ist kein Sender so eingeführt, daß er die Interessen der Arbeiterchaft berücksichtigt.

Maria-Joos-Stuttgart: Ich habe den Wunsch, daß wir die Ausführungen der Kollegin Hanna in einer Broschüre bekommen. Was die Agitation angeht, so müssen in der jetzigen Zeit jeder Kollege und jede Kollegin wissen, wozu sie gehören und daß sie allein nichts bezwecken. Man muß geschlossen sein, um etwas zu erreichen. Wir haben leider Kollegen, die das noch nicht begriffen haben. In dem Betriebe, in dem ich bin, sind wir zu 150 Kolleginnen, die alle organisiert sind. 1918 habe ich in einer Geschäftsversammlung den Antrag gestellt, daß wir nicht mehr mit Unorganisierten zusammenarbeiten. Das haben wir seither auch hochgehalten.

Selge-Hamburg: Die Frage der Agitation ist eine weit umstrittene. Ohne Agitation kann keine Gewerkschaft existieren. In der Agitation läßt sich auch keine bestimmte Regelung finden. Die mündliche Agitation ist nach meiner Meinung die beste. Es ist natürlich eine Selbstverständlichkeit, daß das nötige Wissen des Funktionärs damit verbunden sein muß. Die Bildungsbestrebungen müssen zu diesem Zweck ausgestaltet sein. Wir haben nicht nur vom DGB aus, sondern auch von den einzelnen Gewerkschaften in den einzelnen Ortsverwaltungen Bildungskurse eingerichtet, aber es mangelt meist an dem Besuch. Mit den Ausführungen unserer Kollegin Hanna sind wir wohl alle einverstanden. Ich kann es nicht verstehen, daß der Kollege Fiedler in seinen Ausführungen erwähnt, es sei ein Verbrechen, wenn ein Arbeiter und dessen Frau im Betriebe arbeiten, nur, um sich einen Bücherschrank anzuschaffen. Auch ein Bücherschrank gehört mit zur Bildungsarbeit. Wir sind nicht dazu da, in die einzelnen Hausstände unserer Kollegen hineinzuschneifen, ob der eine etwas besser gestellt ist als der andere. Ich möchte wünschen, daß alle Kollegen so vernünftig wären, wie der Kollege Lindner von der linken Seite.

Hornke-Verbandsvorstand: Wir sind seit Bestehen unserer Organisation darum bemüht gewesen, speziell die Lebenslage unserer weiblichen Mitglieder zu verbessern. Unsere Erfolge, die wir nach der Richtung hin errungen haben, haben sich ja auch schon bemerkbar gemacht. Unser jetziger Mitgliederbestand ist wohl als ein Stück dieses Erfolges anzusehen. Bezüglich des Arbeiterschutzes haben wir ebenfalls beachtliche Fortschritte erzielt und haben bei jeder Tarifverhandlung versucht, den Arbeiterschutzes noch auszubauen durch tarifliche Bestimmungen. Wir haben aber in manchen Orten gesehen, daß diese Bestimmungen von unseren weiblichen Mitgliedern so gut wie gar nicht beachtet werden. Um die Hebung der Lebenslage unserer Berufsangehörigen geht ja stets der schwerste Kampf, den wir bei allen unseren Tarifverhandlungen zu führen haben. Alle Verhandlungsteilnehmer wissen, daß die Schwierigkeiten zur Festsetzung der Männerlöhne nicht die Rolle spielen, wie stets und ständig die Entlohnung unserer weiblichen Mitglieder. Sie werden, soweit Sie unsere Bemühungen verfolgt haben, seit dem Jahre 1924 finden, daß unausgesetzt speziell gegen die Lohnpositionen der weiblichen Mitglieder Sturm gelaufen wird, nicht nur im Buchdruck, sondern auch im Steindruck. Wir haben dabei allerdings am wenigsten die Mitarbeit unserer weiblichen Mitglieder gehabt.

Warum können unsere weiblichen Mitglieder bei den Delegationen nicht so berücksichtigt werden, wie wir es alle gern wünschten? Man kann sie nicht nur auf Grund ihrer Mitgliederzahl bei den Delegationen berücksichtigen, wenn sie sich sonst nicht in praktischer Arbeit betätigen. Mit solchen Mitgliedern in Korporationen wüßte man auch nichts anzufangen. Wir müssen unseren weiblichen Kollegen ein größeres Interesse am Organisationsleben beibringen. Das muß gelingen. Und wenn die bisherigen Aufklärungsmethoden nicht zum Ziel geführt haben, dann müssen wir je nach den örtlichen Bedürfnissen uns nach anderen Methoden umsehen. In den letzten drei Jahren haben unsere Unternehmer ein großes Stück Agitationsarbeit für uns geleistet. Ich erinnere an 1926. Die Unternehmer werden aber agitationsmüde und werden vielleicht die Arbeit nicht mehr für uns übernehmen so daß wir sie mit anderen Mitteln forsetzen müssen.

Rohland-Leipzig: Ich verweise darauf, daß Leipzig seinerzeit Mittel und Wege gesucht hat, um neue Mitglieder für die Organisation zu gewinnen.

Wenn uns das nicht gelungen ist, so trägt einen großen Teil der Schuld die Maultourarbeit der Linken. Im Betrieb ist die Agitation nicht allzu schwer, wenn von der anderen Seite nicht immer Schwierigkeiten gemacht werden. Das Verhältnis mit den Gehilfen ist nicht das schlechteste. Wir müssen immer wieder versuchen, durch irgendwelche Maßnahmen unseren Kollegen mehr Interesse an der ganzen Bewegung beizubringen. Dann werden wir auch vorwärts kommen.

Springer: Das großangelegte Referat der Kollegin Hanna ist für die gesamte deutsche Kollegenschaft von Bedeutung. Man sollte doch eine kleine Summe auslegen, um das Referat drucken zu lassen.

Lina Wolf-Dresden: Auch in unseren Kreisen habe ich bemerkt, daß man über die Arbeit der verheirateten Kolleginnen geteilter Meinung ist. Wir dürfen von uns aus nicht die Parole ausgeben, die Frau müsse aus dem Betrieb heraus. Durch die Demobilisationsverordnung mußten wir einen Teil unserer Kolleginnen herausziehen. Dadurch haben wir einen großen Teil unserer Funktionärinnen eingebüßt. Ich gebe zu, daß wir auch Kolleginnen haben, die bloß arbeiten, um den Haushalt zu verbessern und dergleichen. Aber das soll ja auch kein Verbrechen sein. Wir müssen auch an die Kolleginnen denken, die die Not dazu zwingt, ins Erwerbsleben zu gehen.

Hanna (Schlußwort): Bereits die erste Rednerin hat von der großen Interesslosigkeit gesprochen, über die wir gerade bei den Frauen in bezug auf die Angelegenheiten der Organisation zu klagen haben. Es ist ja auch richtig, daß die Interesslosigkeit bei der weiblichen Arbeiterenschaft größer ist als bei der männlichen. Ich bitte zu beachten, daß ein Teil der Frauen mutlos gemacht wird, wenn wir fast ausnahmslos die Interesslosigkeit bei den Frauen als Grund anführen, daß die Frauen weniger Anteil nehmen an den Arbeiten bei der Organisation. Ich warne daher, in den Gewerkschaftsblättern Frauennedern, Frauenbeilagen einzuführen, aus der Erfahrung heraus, daß wir damit die weiblichen Mitglieder dahin erziehen, zu glauben, daß die Fachpresse in ihrem gesamten Inhalt nicht für sie da ist, sondern nur die Frauenecke. Was steht denn darin? Schwangerschutz, Wächnerinnenschutz, Wochenhilfe usw. höchstens mal eine sentimentale Geschichte, und dann ist es aus. Sie erziehen die weiblichen Mitglieder dazu, anzunehmen, der andere Inhalt der Zeitung sei nicht für sie da, und sie erziehen die Männer dazu, diesen Teil auch nicht zu lesen. Die gewerkschaftliche Frauenzeitung soll nicht die Fachpresse der Gewerkschaften erlegen, sie soll sie nur ergänzen mit Rücksicht darauf, daß unter den weiblichen Arbeiterinnen ein prozentual höherer Teil vorhanden ist, der die Geschichte und Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung noch nicht so weiß, wie es bei den Männern der Fall ist, die ja über eine viel längere Organisationszugehörigkeit verfügen.

Eine kurze Bemerkung zu einer Kritik gegen den Verbandsvorstand. Eine Kollegin wünschte größere Berücksichtigung der Frauen bei Kursen. Den Wunsch möchte ich auch äußern, aber eins ist dabei zu bedenken: die Erfahrungen haben gelehrt, daß eine Reihe von Verbänden weibliche Mitglieder für soziale Kurse, Sonderlehrgänge in der sozialen Frauenschule usw. zur Verfügung gestellt haben und mußten nachher die Erfahrung machen, daß diese Frauen nicht nur nicht in den Betrieb zurückkehrten, sondern auch für die Organisationsarbeit nicht mehr zu haben waren, sie gingen zur Wohlfahrtspflege.

Nun sind heute hier Vorwürfe erhoben worden gegen andere Organisationen, gegen die männlichen Kollegen usw., wie sie ganz selbstverständlich einmal vorkommen, und aus den persönlichen Erfahrungen, die die einzelnen gemacht haben, verständlich sind. Ich bin kein großer Optimist, aber wenn wir heute das vergleichen, was vor ungefähr 20 Jahren in den Anfängen der Bewegung und was heute ist, was die Gewerkschaftsbewegung auch für die ungelernen, für die weiblichen Arbeitskräfte gebracht hat, muß auch der größte Pessimist sagen, es ist vorwärts gegangen, die Arbeit hat Erfolge gehabt. Diese Erkenntnis gibt uns Mut und Kraft für die Arbeit der Zukunft, und wir sind überzeugt, daß sie den Erfolg haben wird, den sie verdient. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Hornke: Es wurde der Vorschlag gemacht, das Referat der Kollegin Hanna drucken zu lassen. Wir werden es als Vortragsdisposition den Funktionären zugänglich machen. Anträge liegen nicht vor. Die Punkte 5 und 6 der Tagesordnung sind damit erledigt.

Es ist inzwischen ein Wahlvorschlag, unterstützt von den Delegierten der Gaue Berlin, Frankfurt und Stuttgart eingegangen. Wir müssen eine dreigliedrige Wahlkommission einsetzen. Zu wählen sind: der erste und zweite Vorsitzende, ein Verbandskassierer, der Redakteur der „Solidarität“, sechs Beisitzer mit Ersatzmitgliedern und drei Mitglieder der Revisionskommission, ebenfalls mit Ersatz.

Lose-Hamburg schlägt für die Wahlkommission die Kollegen Keil (Stuttgart), Kalk (Lübeck) und die Kollegin Taubmann (Münster) vor. Widerspruch erfolgt nicht, die Kommission ist gewählt.

Eine Erklärung

gibt der Kollege Vindner (Leipzig) zu einer schmutzigen Heße in der kommunikativen Presse gegen den Verbandsvorstand und die Delegierten anlässlich der Kölner Tagung ab. Er sagt: Der Kollege Horn und ich sind mit dieser Schreibweise nicht einverstanden und haben auch das Material weder gegeben,

nach diese Berichte geschrieben. Die Schrift kann höchstens aus persönlichen Bemerkungen im Betrieb konstruiert worden sein; das Bedauere ich, aber ich möchte den Delegierten sagen, daß ich sowohl wie der Kollege Horn nicht wesentlich etwas getan haben, um unsere Tagung zu schäbigen.

Vorsitzender **H o r n**: Ich halte es für unter der Würde des Vorstandes, daß wir uns noch mit diesem Zauberspiel beschäftigen. Sie haben den Schmutz zur Kenntnis genommen, und wir müssen uns schließlich Bedauern über diese Art der kommunikativen Besuche ausdrücken. Wir sind alle zufrieden, daß wir einen Berichterstatter oder Vertreter zu Beginn der Tagung nicht zugelassen haben; was wir dann zu erwarten hätten, davon können wir uns jetzt ein Bild machen.

Es folgt der Gegenstand der Tagesordnung:

Die Jugendbewegung.

Dazu nimmt das Wort Bildungsbildner **F r i e d e** vom Ortsauschuß Berlin des ADGB.: Wenn ich vor 20 Jahren über dieses Thema vor einem Verbandstag zu sprechen gehabt hätte, ich bin überzeugt, die Aussprache würde haushohe Wellen geschlagen haben. Vor 20 Jahren war die Jugendbewegung in der Arbeiterenschaft eines der umstrittensten Probleme. Damals steckte die Jugendbewegung in den Kinderschuhen und hatte nicht nur mit den Mächten der Staatsgewalt zu streiten, die sich sehr energisch gegen die proletarische Jugendbewegung wehrten, sondern auch sehr stark unter dem Unverständnis im eigenen Lager zu leiden. Oft werden Erziehungsfehler begangen, die uns in den Gewerkschaften außerordentlich unangenehm werden können. In einer Diskussion in Berlin stritten sich zwei Jugendliche über ein theoretisches Thema. Der eine stellt dem anderen, einem jungen Kommunisten, Karl Rautsch als Kronzeugen entgegen, und der Junge, er war 16 Jahre, stellt sich hin, breitet beide Arme aus und sagt: Wer ist Rautsch, ein alter Mann und Verräter. Das klingt komisch, und ist ein trasses Beispiel; aber ich habe sehr oft diese scharfe in Erscheinung tretende Erheblichkeit der Jugend gegenüber ganz bestimmten politischen Richtungen gefunden. Ich habe mich sehr gefreut, als ich das schöne Blumenarrangement sah, das die Kölner Jugendbewegung dem Verbandstag widmete, aber noch mehr, als ich ihre Widmung gelesen habe. Die Jugend hat geschrieben:

Wir sind die Jugend,
werdende Kämpfer!
Euch Ringende, grüßen wir!

Wir scheint diese Auffassung von Jugendbewegung die absolut richtige zu sein: Wir sind die Jugend, werdende Kämpfer. Es ist unbedingt notwendig, daß alle gewerkschaftlichen Funktionen, die von den Jugendlichen heute erwartet werden und erwartet werden müssen, in irgendeiner Weise den Jugendlichen praktisch nahegebracht werden müssen. Ich brauche nur an Dinge zu erinnern, die heute akut sind: so die Ferientage für die Lehrlinge, die nicht gelegentlich geregelt ist, die Frage der Kostgeldsätze für Lehrlinge, Angelegenheiten, die besonders in den handwerklichen Betrieben von den Handwerkskindern und den Innungen geregelt werden. Weiter sind da Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Rechtsschutzangelegenheiten, die Zusammenarbeit mit Gefellenausgüssen bei Lehrprüfungen, die Frage des Berufsausbildungsgehaltes, die Berufsberatung, die eine Zeitlang sehr akute Frage der riesenhaften Erwerbslosigkeit der Jugend — wir haben in Berlin festgestellt, daß von 8000 Lehrlingen, die in einem Quartal auslerten, über 7500 am gleichen Tage auf die Straße gesetzt wurden — usw. Ich habe eine Reihe von sozialpolitischen Fragen bewegt aneinanderbereiht, die die Jugend von sich aus nicht regeln kann.

Soll man nun, weil Gewerkschaftsjugend, weil Jugendbewegung zum Zuge der Zeit gehören, unter allen Umständen und in jeder Organisation Jugendgruppen aufziehen, in Jugendbewegung machen, ohne daß unbedingt ein Bedürfnis vorliegt? Ich kann mir denken, daß das Bedürfnis zur Zusammenfassung der Jugend aus gewerkschaftlichen Gesichtspunkten notwendig wird, wo sehr starke Teile Jugendlicher im Beruf sind. Ich denke da an die Transportarbeiter, die schon 1904 eine Jugendsektion gründeten, weil sich die Jugendlichen im Gewerbe stark als Lohnrücker bemerkbar machten. Bei den Stein- und Buchdrucker spielt ja noch eine große Rolle, die für Ungelehrte nicht in Frage kommt: die berufliche Fachbildung. Es ist also unbedingt notwendig, wenn die Qualität des Berufes, der Geist des Berufes erhalten bleiben soll, sehr früh an die Jugend heranzuführen. Was ich betonen wollte, ist nur: Jugendbewegung ist unbedingt notwendig. Es wäre lächerlich, wenn wir sie negieren wollten. Wir müssen sie haben und würden außerdem nicht gefragt, weil die Jugend ihre Bewegung haben will.

Jugendbewegung ist noch aus einem anderen Grunde notwendig, weil heute nicht nur die Kirche oder Deutschnationale und Volksparteier ihre Gegenwart unter der Jugend versuchen. Hier in unserer Nachbarstadt Düsseldorf sitzt die Zentrale der Jugendarbeit des Unternehmertums, das „Dinta“, dessen Leiter in einem Vortrag in Berlin vor den Vorläufern, von Siemens usw. voller Stolz auseinandersetzte, daß sie die Jugend in ihrer ganzen Lebensführung beherrschen. Die Eltern müßten ja im Lehrvertrag ihre Erziehungsrechte auf den Ausbildungsingenieur des

Werkes übertragen. Da lauert bestimmt eine Gefahr, um so mehr, als die Arbeit in den „Dinta“-Betrieben pädagogisch mit einem ganz außerordentlichen Geschick aufgebaut wird.

Wir haben Jugendarbeit zu betreiben, aber mit dem nötigen Verständnis. Wir wollen sie nicht zur Mode machen, sondern zu einer gewerkschaftlichen Jugendbewegung, oder — ich finde keinen besseren Ausdruck als die Kölner Jugend — wir müssen sie zu Kämpfern machen. Das scheint mir das richtige Verhältnis zwischen Jugend und Erwachsenen zu sein. Ihr sollt werden, wachsen über uns und unsere geistigen Kräfte hinaus, in Zukunft mehr leisten als wir.

Freitag, 29. Juni.

Bericht der Wahlkommission: Es wurden 90 Stimmen abgegeben. Davon waren zwei Stimmzettel weiß. Es entfallen auf den ersten Verbandsvorsitzenden Engelbert Rucher 88, auf den zweiten Verbandsvorsitzenden Ernst Horne 88, auf den Verbandsstafierer Heinrich Lohdahl 88, auf den Redakteur der „Solidarität“ Karl Schulze 88, ferner auf die Mitglieder des Verbandsvorstandes Otto Bleich, Luise Krapp, Martha Werker, Otto Rahm, Oswald Schulze je 88, auf Karl Spalhoff 86 Stimmen, für die Ersatzmitglieder des Gesamtvorstandes Erna Bürmel, Franz Kujath, Oskar Schäfer und Richard Arnold je 88, auf die Mitglieder der Revisionskommission Emil Fornsfeist, Max Spieste und Gustav Baurath je 88, auf das Ersatzmitglied der Revisionskommission Paul Nitz 88 und auf Richard Günther 88 Stimmen.

Der Vorsitzende **Rucher** dankt dem Verbandstag im Namen der Gewählten.

Es folgt die Diskussion des Punktes 7 der Tagesordnung: Jugendbewegung.

Karl Pohle - Berlin: Der Erfolg ist der Gradmesser für den Wert der Jugendbewegung im Rahmen der Ortsgruppen (sowohl wie der Gewerkschaftsbewegung überhaupt). Ich habe festgestellt, daß die Kölner Jugendbewegung in dem Berichtsjahr 1927/28 Jugend-Abendveranstaltungen hatte und die ansehnliche Zahl von 930 Teilnehmern verzeichnen konnte. Von diesen 930 waren 518 männliche und 413 weibliche Mitglieder. Das ist zweifellos ein Erfolg, über den wir uns freuen sollten. Man müßte nun annehmen, daß Berlin ein noch viel besseres Resultat aufzuweisen hätte. Das ist leider nicht der Fall. Die ganze Ortsgruppe hat zu unserem Bedauern in diesem Jahre ihre Tätigkeit einstellen müssen. Für die graphische Jugend haben wir im Berichtsjahr 1927/28 3906 M. ausgegeben. Wir haben 1927 in unserer Ortsgruppe versucht, durch Einladungen per Post zu arbeiten. Wir haben 172 Einladungen versandt mit dem Erfolg, daß acht junge Leute erschienen am Tage des Vortrags und der Veranstaltung. Ein außerordentlich knapper Erfolg.

Die Aufmerksamkeit der erwachsenen Kollegen muß sich unter allen Umständen viel mehr als sonst der Jugendbewegung zuwenden. Es ist notwendig, daß wir konkret zu der Frage der Jugendbewegung innerhalb der Gewerkschaft Stellung nehmen. Unter allen Umständen haben wir Zentralisation anzustreben, die es möglich macht, die einzelnen Jugendverbände im Deutschen Reich mehr zusammenzuführen.

Heilmann - Köln: Wenn wir als Gewerkschaft in den letzten Jahren dazu übergegangen sind, ebenfalls Jugendgruppen zu bilden, so haben wir das aus bestimmten Gründen getan. Vornehmlich die gewerkschaftliche Bildung wird in den Vordergrund gestellt werden müssen. Es kann uns gar nicht schwer fallen, Jugendgruppen zu bilden, weil junge Burken und junge Mädels zusammenkommen und nicht Jungen allein und Mädels allein sind. Unsere Jugendgruppe wird auch von anderen Gewerkschaften sehr gut besucht. Der Jugendliche kann nicht allein nur mit Lehrstoff vollgefüllt werden, die Hauptmittel sind Wanderungen und Spiel und Tanz. Im Vordergrund muß natürlich die gewerkschaftliche Bildung stehen.

Die Referenten, die für die Jugendabende gewonnen werden, sind am besten solche, die sehr oft bei Jugendgruppen sind, Kollegen, die vor den Gewerkschaftsverammlungen sprechen, eignen sich zum größten Teil nicht für die Jugendgruppen. Man muß sich schon einmal selbst Mühe geben, verstehen, mit ihnen umzugehen und ihnen etwas beizubringen. Ich empfehle zu versuchen, auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft der Jugendlichen das beizubringen, was sie zur gewerkschaftlichen Erziehung notwendig haben.

Thielemann - Leipzig: Von größtem Wert ist die Ideenverbindung. Nachdem wir auf der Hamburger Tagung von den Vertretern Berlins und Kölns außerordentliche Erfolge in der Jugendbewegung hörten, tauchte bei uns der wohl verständliche Gedanke auf, daß es auch nun Zeit sei, in Leipzig an die Gründung einer Jugendbewegung heranzugehen. Am 6. März wurde dann die Jugendgruppe gegründet. Wir waren uns von vornherein klar, daß zunächst wesentliche Erfolge nicht zu erzielen waren. Wir waren trotzdem enttäuscht über den geringen Erfolg. Wir haben die Flinten aber nicht ins Korn geworfen. Es war ein Stamm vorhanden, und wir haben weiter aufgebaut. Wir ziehen die Grenze für Jugendliche bis zu zwanzig Jahren. Dabei kommen in Frage 415 weibliche und 180 männliche, genug, daß es sich lohnt, hier zu versuchen, Kräfte für unsere kommende Bewegung heranzubilden. Der Höchststand in unserer Gruppe ist momentan 35. Dabei will ich nicht ver-

hehlen, daß darunter noch acht Mitglieder des Buchbinderverbandes sind. Wir haben auch eine Musikgruppe. Wir haben im vorigen Jahre Vorträge über verschiedene Themen gehalten: „Die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung“, „Die Bedeutung der freien Gewerkschaften für den Jugendlichen“, „Das Unternehmertum im Kampf gegen die Gewerkschaften“, „Warum Gewerkschaftsjugend?“, „Was ist Jugendbewegung?“. Es ist danach selbstverständlich, daß man natürlich die Jugend nicht zusammenhalten kann, Woche für Woche, um ihnen derartige Vorträge halten zu lassen. Man muß ihnen auch anders entgegenkommen, mit Wanderungen usw.

Ich muß dem Kollegen **Friede** in dem Grundgedanken vollständig zustimmen. Ich unterzeichne den Satz, den der Leiter unserer Jugendgruppe seinem diesjährigen Bericht vorangelegt hat: Gewerkschaftliche Jugendarbeit ist Arbeit am Fundament der gewerkschaftlichen Zukunft.

Karl Schütz (Redaktion): Die freie Gewerkschaftsjugend ist nicht aus der Ursache heraus entstanden, wie Heilmann annimmt, weil uns sonst die Jugendarbeiter und -arbeiterinnen von bürgerlichen Vereinen abgefangen würden. Die Notwendigkeit der Bildung der freien Gewerkschaftsjugend ist die politische Zerrissenheit in den Arbeiterkreisen gewesen. Wir wußten gar nicht, wo denn unsere jungen Leute alle organisiert sind. Es ist bisher nicht so, wie **Friede** sagte, daß die Jugendbewegung so spontan aus sich heraus kommt, daß die jungen Leute sich selbst zusammenschließen, auch wenn wir es nicht wollen. Denn die Redner, die vorher gesprochen haben, haben uns von der harten Arbeit entsprechende Bilder gegeben. Es wäre auch gar nicht gut, wenn die Jugend gar so selbständig ihre eigenen Angelegenheiten verwalte. Wir müssen als Gewerkschafter und Funktionäre gerade darauf sehen, daß wir einen möglichst starken Einfluß in der Gewerkschaftsjugendbewegung haben. Das muß natürlich sehr geschickt gemacht werden, ohne die jungen Leute vor den Kopf zu stoßen. An dem richtigen Leiter liegt es, wie eine Ortsgruppe floriert. Die Erfahrungen in Berlin und Leipzig, selbst in Köln, und anderswo berechtigen nicht zu großen Anträgen. Sie berechtigen auch nicht zu größeren Aufwendungen von seiten der Zentrale und von einzelnen örtlichen Körperschaften. Für uns wäre es das Beste, wir verriefen unsere jungen Kollegen und Kolleginnen auf die von den Ortsausgüssen arrangierten Veranstaltungen. Das würde der richtige Weg sein. Bei den Erfahrungen werden Sie dem Verbandsvorstand nicht zumuten können, daß er eine eigene Jugendzeitung herausgibt. Ob wir aber durch die Herausgabe einer solchen Jugendschrift auch nur einen einzigen jungen Arbeiter oder eine Arbeiterin für unsere Jugendgruppe gewinnen, das bezweifle ich. Wir wollen den Antrag von Leipzig über die Herausgabe einer Jugendzeitung ad acta legen. Wir wollen es so machen, wie Kollege **Thielemann** gesagt hat, so oft es möglich ist und so oft das Bedürfnis vorliegt, wollen wir Jugendarbeit bringen.

Karl Lübeck: **Friede** hat richtig gesagt, daß man heute von einer gewissen Mode in der Jugendbewegung sprechen kann. Die Zerrissenheit ist in der Jugendbewegung viel größer als in der Arbeiterbewegung. Wir können nicht dahin kommen, daß jeder kleine Verein sich heute berechtigt fühlt, eine Jugendgruppe zu gründen. Wir als Gewerkschafter haben zu der Jugendfrage ganz anders Stellung zu nehmen als alle Vereine oder Parteien. Uns kommt es nicht auf eine politische Jugend an, sondern wir müssen funktionäre bekommen.

Wenn wir die Erfahrung der älteren Kollegen haben und die Früchte in der Jugendbewegung, dann bin ich nicht so pessimistisch wie Kollege **Schulze**.

Stör - Saarbrücken: Es hat eine Ueberorganisation der Jugend Platz gegriffen. Von allen Seiten hat man sich um die Jugend gerissen. Parteien, einzelne Vereine, einzelne Sportvereine und auch die Gewerkschaften sind dazu übergegangen, ihre Jugend gewerkschaftlich zu organisieren. Wenn man die Klagen hört, warum es nicht vorwärtsgeht in der Jugendbewegung, dann müssen wir auch die Gründe untersuchen. Ich hätte es begrüßt, wenn Kollege **Friede** eine präzisere Stellungnahme diesbezüglich eingenommen hätte. Nach unserer Auffassung ließe die Geschichte so, daß die gewerkschaftliche Jugendbewegung so lange nicht maßgebend auftreten kann, so lange sie durch parteipolitische Tendenzen zerlegt ist. Ich gehe mit der Auffassung des Kollegen **Schulze** einig. Die gewerkschaftliche Jugend-erziehung dürfte nicht durch die Parteipolitik zerlegt werden. Wenn die parteipolitische Zerlegung innerhalb der Arbeiterenschaft nicht gekommen wäre, hätten wir auch die Zerlegung in der Jugendbewegung nicht gehabt.

Käseberg - Zwickau: Wenn die Berliner Jugendbewegung eingestellt worden ist, so glaube ich, daß die Bewegung an den Jugendleitern gescheitert ist. Die Jugendleiter haben mit der Jugend zu wandern usw. Hier muß natürlich die richtige Personenwahl getroffen werden. Es muß versucht werden, die Jugendabende zentral abzuhalten. Darüber hinaus muß ein örtlicher Auschuß, der sämtliche proletarischen und auch sportlichen Verbände in sich verkörpert, diese Frage in die Hand nehmen. Die Jugend wird schon in der frühesten Lebenslage durch die geistigen Vorträge überantrennt. Die politische Jugend und die Sportverbände sind die Vorläufer der Jugendbewegung gewesen. Es ist un-

lehrt, wenn heute ein Jugendleiter verfuhrte, seine Jugend nur durch Vorträge und Veranstaltungen aufzurufen.

Dill - Dresden: Auch wir in Dresden haben alles getan, die Jugend zusammenzufassen, und haben die Grenze bis zu 20 Jahren hinausgeschoben. Anfangs hatten wir guten Erfolg. Wir hatten gute Leiter gehabt. Aber alle Arbeit ist vergebens geworden, und wir mußten die Jugendbewegung aufgeben. Wir haben uns mit dem allgemeinen Ortsausdruck in Verbindung gesetzt, und die allgemeine Gewerkschaft ist zentralisiert worden in Jugendbezirke. Wir haben in Dresden sieben solcher Jugendbezirke. Wir haben keine Mittel geschickt, Wochenendfeste, Wanderungen usw. veranstaltet. Aber Erfolge haben wir nicht zu verzeichnen. Die Jugend muß von den Gewerkschaften erfasst werden. Auf Grund der Ueberorganisation wird es kaum möglich sein, in allen Zahlstellen Gruppen zu bilden.

Fricke (Schlußwort): Ich könnte sagen, es ist der Fluch der bösen Tat, daß ich gezwungen war, mein Referat auf sehr kurze Zeit zusammenzudrängen, und nun in der Aussprache eine ganze Menge Dinge kommen, die gestern ungefragt bleiben mußten. Es sind kritische Äußerungen gefallen, Berichte erstattet worden usw.

Kollege Schulze glaubte feststellen zu müssen, daß die Jugend gar nicht daran denke, aus sich heraus Organisationen zu gründen, sondern daß das immer eine Angelegenheit der älteren Generation sei. Zugegeben, daß es manchmal so scheinen könnte. Wenn der Jugendliche zwischen einem Dutzend Neubündeln steht, und ihm noch ein dreizehntes gereicht wird, kann ich mir vorstellen, daß er da vielleicht keinen allzugroßen Appetit mehr hat. Die Geschichte der Jugendbewegung beweist, daß die Jugendbewegung aus der Jugend herausgewachsen ist, gegen den schärfsten Widerstand der Erwachsenen. Wir haben die zentrale Zusammenfassung, der ADGB hat sein Jugendsekretariat, er wird sich aber nach meiner Erfahrung hüten, von sich aus sämtliche Zentralvorständen vorzuschlagen: Stellt eure Jugendarbeit ein, wir machen das von uns aus. Ähnlich wird es auch den Ortsstellen gehen. Aber selbst angenommen, die freigewerkschaftliche Jugend ist zentralisiert, heben Sie damit die Zersplitterung der Jugendbewegung auf? Meine Ansicht über die Jugendbewegung ist ziemlich fegefeisch. Ich sage: Wo brauchen wir überhaupt Arbeiterjugend, Gemerkschaftsjugend? Partei und Gewerkschaft — die Kommunisten brauchen wir nicht dazu — sollten sich zusammentun und unter ihrer Pflege eine einheitliche große Jugendorganisation aufmachen.

Einiges über die Beschäftigung der Jugend. Man scheint mich da etwas mißverstehen zu haben. Ich habe nicht Stellung genommen unter allen Umständen gegen Spiel und Sport, gegen Volkstanz und Wandern in der Jugend, sondern ausdrücklich gesagt, wir müssen sie pflegen, aber wir dürfen sie nicht über alle anderen Arbeiten hinauswuchern lassen. Diese Dinge, Wandern, Spielabende, Schmökerpiele, unterscheiden uns ja nicht von andern Jugendlichen. Wenn wir von gewerkschaftlicher Jugend reden, muß der Jugendliche einen Maßstab haben, womit er die gewerkschaftliche Jugend als solche von der andern unterscheiden lernt. Wenn wir nicht über besondere Betonung der gewerkschaftlichen Seite unserer Jugendarbeit eine wirkliche gewerkschaftliche Jugendbewegung aufziehen, dürfen wir uns nicht wundern, wenn die gestern von mir geschilderte starke Fluktuation weiter bleibt und noch stärker wird. Ein Ueberer Kollege sagte, daß keine Jugend im Anschluß an Vorträge über die Großmachtpresse nach Köln zur Besichtigung der Bressa kommt, ein anderer hat von Betriebsbesichtigungen in Verbindung mit Wanderungen gesprochen. Hier scheint mir ein sehr wichtiges Feld gewerkschaftlicher Jugendarbeit zu liegen. Reisen in größere Städte kann man sehr glücklich mit der Aussprache über sehr wichtige nationalökonomische Fragen verbinden.

Endlich zur praktischen gewerkschaftlichen Betätigung der Jugend. Es liegt nicht im Interessentum der Jugend, wenn die gewerkschaftliche Jugendbewegung lediglich einmal Geselligkeit, das andere Mal Bildungsarbeit ist. Mit Bildung allein schaffen Sie im Grunde nichts, wenn Sie nicht daneben die jugendlichen Kollegen veranlassen, auch praktische Gewerkschaftsarbeit zu leisten. Unsere Bildungsarbeit kann nur Unterstützung der praktischen Arbeit des Gewerkschafters sein. Der Jugendliche kann im Betrieb in Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat, mit dem Vertrauensmann ungeheuer viel machen. Wir haben Erfahrungen auf dem Gebiet, und ich habe bisher nicht festgestellt, daß sich die Jugend schlecht bewährt.

Sieien wir uns einig: Dürfen wir denn so fürchtbar stolz sein auf unsere gewerkschaftliche Jugendbewegung? Es wird viel getan, und wenn ich gestern die Kölner Gruppe gesehen habe, so muß ich sagen, da laßt einem das Herz im Leibe. Es gibt schon sehr gute Jugendverbände. Wie viele sind denn von den 2500 bis 3000 Jugendlichen Ihres Verbandes in Jugendgruppen erfasst bzw. überhaupt erfassbar? Wenn man in ganz Deutschland die Zahl der organisierten Arbeiter zu Grunde gelegt und errechnet, wie viele von ihnen in der Jugendbewegung erfasst werden, muß man sich klar darüber sein, wo die Grenzen der Jugendbewegung liegen. Nach der Diskussion halte ich es für Ihren Verband nicht für notwendig, daß er eine eigene Jugendzeitschrift herausgibt. Es wäre Verschwendung, wenn Sie etwa einen Jugendleiter anstellen würden, weil

sich das unbedingte Bedürfnis zur Gründung von Jugendgruppen aus der Jugend heraus nicht in dem Maße bemerkbar gemacht hat, wie in anderen Verbänden, die eine verhältnismäßig viel größere Zahl jugendlicher Mitglieder haben. Wo wir genügend Leute haben, machen wir eben eigene Jugendgruppen auf. Ich hoffe, daß die Aussprache dazu beitragen wird, daß die Jugendbewegung in Ihrem Verbandsgebiet weiter entwickelt und man sich im übrigen nicht allzu starke Kopfschmerzen macht über Dinge, die uns nicht allzu sehr interessieren.

Vorsitzender Hornke: In Referat und Aussprache ist darauf hingewiesen worden, daß wir bestrebt sein müssen, die in unserer Organisation oder im Gewerbe für uns in Frage kommenden Jugendlichen zu tüchtigen Gewerkschaftlern zu erziehen. Wir haben das schon getan. Wo die Gruppen stark genug waren, wurden sie im Organisationsinteresse zu eigenen Jugendgruppen zusammengefaßt; aber wirklich große Gruppen konnten wir bisher nicht zusammenführen. Soviel mir bekannt ist, sind in Leipzig, Köln und Hamburg etwas über hundert Jugendliche in selbständigen Gruppen organisiert. Da glaube ich, wird die Zeit noch zu früh sein, die im Antrag 5 noch verlangte, eine monatliche Jugendzeitung jetzt schon zu beschließen. Ich würde den Antragstellern empfehlen, den Antrag zurückzuziehen (Leipzig und Hamburg ziehen den Antrag zurück). Wir werden zweifellos auf dem nächsten Verbandstag besser übersehen können, wie weit sich die Verhältnisse geändert haben.

Die nachstehende Resolution wird einstimmig angenommen:

„Der 9. Verbandstag des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands bekennt sich zur größten Förderung der proletarischen Jugendpflege und -erziehung. In der heutigen Art des Aufbaues der Jugendbewegung liegt eine Hemmung, die im Interesse der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung durch straffe Organisation beseitigt werden muß. Um das künftige Arbeitsfeld der Arbeiterjugend vorzubereiten, erklärt der Verbandstag, daß in allen Gauen und Zahlstellen für eine Zentralisation der Jugendbewegung eingetreten werden muß.“ Pohl, Berlin.“

Die Bedeutung der Arbeitsgerichtsbarkeit für das kollektive Arbeitsrecht.

Oberregierungsrat Dr. Joachim vom Reichsarbeitsministerium: Nachdem ich erst vor etwa einer Woche wieder nach Deutschland importiert worden bin von der Sowjet-Union, in der ich zwei Monate war, wird es mir vielleicht naheliegen, über Erfahrungen zu sprechen, die ich dort machen konnte. Das wäre gerade zu dem eben erörterten Thema „Jugendbewegung“ vielleicht recht interessant gewesen, aber man muß sich auch mit Dingen beschäftigen, die im Augenblick vielleicht weniger amüsant sind, für die Bewegung aber von vielleicht ebenso großem Nutzen und Notwendigkeit. Nachdem wir seit beinahe einem Jahre das Arbeitsgerichtsrecht in Kraft haben, scheint es angebracht, in einem großen Verbandsrat sich mit grundsätzlichen Fragen dieses Gesetzes auseinanderzusetzen, selbst, wenn man eine gewisse Scheu hat vor dieser Normal-Jurisprudenz. Das individuelle Arbeitsrecht behandelt den Schutz des einzelnen Arbeiters, das kollektive behandelt zwar auch die Auswirkung für den einzelnen, aber aus dem modernen marxistischen Gedanken der Einschaltung der Arbeiterklasse als Klasse zum Schutze des einzelnen Arbeiters. Früher hatten wir auch ein Arbeitsvertragsrecht. Rechtlich gesehen war alles in Ordnung. Der einzelne als Arbeiter war geschützt, nur hat sich leider herausgestellt, daß die rechtliche mit der praktischen Gestaltung nicht Hand in Hand ging. Das kollektive Arbeitsrecht dagegen sagt, wenn der Arbeiter auf Grund eines Vertrages arbeiten soll, muß der Vertrag geschlossen werden von seiner Klassenorganisation, die die nötige Stärke hat, um die Durchführung zu sichern. Das führt zur Lehre und zur Gesetzgebung vom Tarifvertrag. Am Betriebe hat sich auch der einzelne Arbeiter beschweren können, wenn etwas nicht in Ordnung war. Auch hier war rechtlich alles in Ordnung, der Schutz des Arbeiters formell gewahrt, aber weil er nur auf sich selbst gestellt war, haben diese Bestimmungen praktisch vollkommen verlagert, heute haben wir das Betriebsrätegesetz, nach dem die Klassenvertretung der Arbeiterklasse im Betriebe diese Dinge zu überwachen hat. Das ist das neue, das ausgeproben kollektive Arbeitsrecht. Der Unterschied ist, daß das kollektive Recht die Förderung der Arbeiterklasse als solche durch die Klasse bezweckt. Dem kollektiven Arbeitsrecht liegt also zweifellos die Erkenntnis zugrunde, daß der Arbeiter nur durch seine Klasse gefördert werden kann. Ich kann nicht alle Einzelheiten herausgreifen, sondern will nur ein paar Hauptpunkte darstellen, die der Ergänzung durchaus fähig sind. Ich möchte über folgende Punkte reden: Erstens über den Aufbau der Arbeitsgerichtsbarkeit und die Bedeutung, die dieser Aufbau für das kollektive Arbeitsrecht hat. Zweitens über die Bedeutung des § 2 Nr. 1 des Gesetzes, drittens über die Bestimmungen, nach denen in der Arbeitsgerichtsbarkeit auch die Streitigkeiten zwischen den Verbänden geregelt werden, viertens die Bedeutung der im § 11 geregelten Prozessvertretung und fünftens über die Bedeutung der Ausschlussmöglichkeit der Arbeitsgerichtsbarkeit.

Der Aufbau der Arbeitsgerichtsbarkeit: hier sehe ich eine ganz wesentliche Neuerung im marxistischen Sinne

in der Form, wie die Beisitzer ausgewählt und berufen werden. Bei den Gewerbegerichten hatten wir den demokratisch klingenden Grundgedanke, daß die Beisitzer durch die Arbeiter und Arbeitgeber gewählt wurden. Wir haben diesen Grundgedanken über Bord geworfen und haben uns entschlossen, die Beisitzer von den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vorzuschlagen zu lassen und sie durch die Staatsbehörden zu bestellen. Ich halte diese neue Form für einen so eminenten Fortschritt auf dem Wege zu dem Recht, das wir wollen. Hier handelt es sich um einen der allerhöchsten Grundgedanke der Arbeiterschaft. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Arbeitsgerichte mit Beisitzern aus den Kreisen des Arbeitslebens besetzt sein müssen. Es muß ein Streit im Arbeitsleben auch entschieden werden, nämlich von den Leuten, die im Arbeitsleben stehen, mit Hilfe des Vorsitzenden, der die juristischen Kenntnisse dazu mitbringt. Auch die russischen Arbeitsgerichte sind nicht anders zusammengesetzt. Wenn wir von unseren kommunikativen Freunden im Reichstag gehört haben, daß sie nur mit Arbeitern besetzt seien, so erschien mir das immer komisch. Ich habe jetzt auch praktisch festgestellt, daß es nicht so ist, daß genau so ein Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer vorhanden sind. Nur daß der Arbeitgeberbeisitzer der staatliche Arbeitgeber ist.

Nun komme ich zu dem Punkte, den ich persönlich für den wichtigsten halte, zum § 2 Abs. 1 des Arbeitsgerichtsgesetzes. Er sagt in seinem Gerippe: „Die Arbeitsgerichte sind zuständig für Streitigkeiten der Tarifvertragsparteien aus dem Tarifvertrag.“ Vor die Gewerbegerichtsbarkeit kamen nur die Streitigkeiten aus dem einzelnen Arbeitsverhältnis. Wie war es aber, wenn man über den Tarifvertrag in Streit geriet? Wenn der Verband der graphischen Hilfsarbeiter etwa mit der zuständigen Arbeitgeberorganisation einen Tarifvertrag geschlossen hätte, der nicht durchgeführt worden wäre? Was machte man da? Rechtlich konnte man alles machen. Der Arbeiter ging zum Gericht und verklagte seinen Arbeitgeber. Wahrscheinlich bekam er sogar Recht, nur seine Stelle war er los. Diese Tatsache mußte dazu führen, daß eine gewisse Tarifmüdigkeit auch in der sonst tarifreudigen Gewerkschaftsbewegung Einkehr fand. Sie erkennen die ungeheure Gefahr, die darin liegt, und von der ich sagen möchte, daß sie zwangsläufig in der Arbeiterschaft kommen mußte. Das hat sich seit 1918 geändert. Wir haben ein ausgezeichnetes Tarifvertragsrecht, und ich bleibe dabei, daß sich unsere Tarifvertragsordnung von 1918 durchaus überall in der Welt noch sehen lassen kann. Die Schiedsgerichtsbarkeit ist in vielen Verbänden stark ausgebildet worden, aber Sie werden mir bestätigen können, daß sie einen ganz gehörigen Haken hat. Einmal ist sie ein recht teurer, dann ein recht langsamer Spaß und drittens wirklich ein Spaß und kein Ernst. Die Gerichtsbarkeit ist Sache des Staates. Vor Inkrafttreten des Arbeitsgerichtsgesetzes hatten wir ein Tarifvertragsgesetz, hatten das kollektive Arbeitsrecht in seinen wichtigsten Teilen, und nur in seiner Durchführung haperte es. Darum sage ich ganz offen: das kollektive Arbeitsrecht ist erst seit dem Augenblick vorhanden, seitdem die Tarifvertragsparteien Streitigkeiten über den Tarifvertrag vor dem Arbeitsgericht behandeln und entscheiden können. Der Vertrag besteht erst, wenn ich weiß, daß ich seine Durchführung erzwingen kann.

Endlich ein paar Worte noch über ein sehr heikles Thema: die Möglichkeit des Ausschusses der Arbeitsgerichtsbarkeit. Wir haben uns lange überlegt, ob es möglich gemacht werden soll, die Arbeitsgerichtsbarkeit auszuschließen und durch private Gerichtsbarkeit zu ersetzen. Diese Frage spielt zurzeit ganz allgemein in der Justiz eine große Rolle. Es ist eine ganz ernste staatsphilosophische Frage, ob man die Entwicklung zur privaten Schiedsgerichtsbarkeit fördern soll oder nicht. Ich bin der Auffassung, daß man sie nicht fördern soll. Der Staat ist verpflichtet, Behörden zu stellen, die in der Gerichtsbarkeit vernünftige Entscheidungen fällt. Erste Voraussetzung der Möglichkeit einer Schiedsgerichtsbarkeit ist absolute Gleichberechtigung der beiden Parteien. Die steht aber nur auf dem Papier. Der Arbeitgeber findet neue Arbeiter, wenn er die anderen herausgeschmissen hat, der Arbeiter aber nicht so schnell einen neuen Arbeitgeber. Hier sind die psychologischen Voraussetzungen für eine Schiedsgerichtsbarkeit nicht mehr gegeben. Aber nun gestalten Sie mir ein hartes, aber leider richtiges Wort. Es gibt bekanntlich nichts konservativeres als die Arbeiterbewegung. Und wenn sie sich nun daran gewöhnt hat, in ihren Tarifen die Schiedsgerichtsbarkeit zu verankern, ist es nicht einfach, ihr das auszutreiben. Es wird eine ganze Weile dauern, bis wir da zu einem vollen Erfolg gekommen sind. Eines gibt allerdings zu denken: die Arbeitgeber sind heute Feuer und Flamme für die Schiedsgerichtsbarkeit. Es wird wohl ein Haken dabei sein, der darin besteht, daß man vor die dreimal bekreuzten Arbeitsgerichte nicht gehen will. Es ist schwer, eine Einrichtung zu verbieten, die bis zum letzten Moment in Blüte gestanden hat. Hinzu kommt, daß immer wieder gesagt wird, man möchte gern für die Beurteilung bestimmter fachlicher Fragen Sachleute haben. Ich billige diese Ansicht nicht. Wir haben bei den staatlichen Gerichten Sachverständige, und ich habe Schiedsgerichte gesehen, in denen kein einziger Sachverständiger für die gerade behandelte Frage saß. Es kommt nicht darauf an, daß man im demokratischen Staate das macht, was man für richtig hält, man muß tun, was die Mehrheit will.

Wenn die Bevölkerung Schiedsgerichte haben will, muß man also die Möglichkeit geben, sie zu schaffen. Wenn die Gewerkschaften zu der Auffassung kommen, daß allgemein oder örtlich die Arbeitsgerichtsbarkeit verlagert, muß sich diese Auffassung durchsetzen in dem Verlangen nach Schiedsgerichten. Das hat zwei Wirkungen: die eine, daß man von den für schlechter gehaltenen Arbeitsgerichten loskommt, aber die wichtigste ist die psychologische, die darin liegt, daß der Öffentlichkeit das Mißtrauen der Arbeiterbewegung gegen die Entwidlung der Arbeitsgerichtsbarkeit gezeigt wird. Das dient einmal dazu, den Leuten, die in der Arbeitsgerichtsbarkeit tätig sind, ein warnendes Menetekel zu geben, vor allen Dingen aber dazu, die Befehlsgebung darauf aufmerksam zu machen, daß etwas geändert werden muß. Solche Ventil sind eine Notwendigkeit, nur muß jeder Erfahrene sagen, daß man Ventile nicht öffnet, wenn der Druck nicht stark genug ist. Das Ventil ist da, aber es soll nur geöffnet werden, wenn es wirklich nötig ist, zur Sabotage soll es nicht geöffnet werden, dazu darf eine vernünftige Gewerkschaft nicht die Hand bieten. Wenn es nicht anders geht, allerdings hat dieses Ventil seine vernünftige Bedeutung. Nun werden Sie mich fragen: Welche Beziehungen hat diese Schiedsgerichtsbarkeit zum kollektiven Arbeitsrecht? Eine sehr starke; denn dieses Ventil ist außerordentlich gut gesichert, und diese Sicherung liegt im kollektiven Arbeitsrecht. Wenn das Ventil geöffnet werden soll, kann es nur durch die berufene Vertretung der Arbeiterklasse, die Gewerkschaften, geöffnet werden, niemals aber durch den einzelnen. Der einzelne kann nicht beurteilen, ob es für die Arbeiterklasse notwendig ist, von der Arbeitsgerichtsbarkeit abzugeben, das kann nur die Stelle beurteilen, die nach unserer Auffassung berufene Vertreterin der Arbeiterklasse ist. Die Arbeitsgerichtsbarkeit kann nicht ausgeschlossen werden durch Vertrag mit dem einzelnen, sondern immer nur durch die Gewerkschaft. So glauben wir, daß dieses Ventil genügend gesichert ist, wie es im wirklich modernen Zuge des kollektiven Arbeitsrechtes liegt.

In diesem Kreise sollte man sich klar sein, daß der Schritt vom individuellen zum kollektiven Arbeitsrecht ein bewußter Schritt zum Marxismus ist. Wir können uns darüber außerordentlich freuen. Wenn ich Ihnen gesagt habe, daß das Arbeitsgerichtsgesetz in vielen Punkten eine wichtige Ergänzung des kollektiven Arbeitsrechtes darstellt, sage ich offen, daß mich das freut, weil ich in diesem Gesetz wirklich einen wichtigen Schritt im Sinne der Arbeiterklasse sehe und einen wichtigen Schritt auf dem Wege zum wohlverstandenen Marxismus. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Hornke: Ihr Beifall hat bewiesen, daß Sie mit mir einverstanden sein werden, wenn ich dem Referenten unseren herzlichsten Dank für seine vortrefflichen Ausführungen anspreche.

In der Aussprache über das Referat sprechen die Kollegen W. Grohmann - Berlin, Lindner - Leipzig, Werner - Stuttgart, Beyer - Leipzig, Gloth - Berlin, Pohl - Berlin, Franz - Dresden, die Kollegin Obermeit - Hamburg, Herrmann - Dresden und der zweite Verbandsvorsitzende der Buchdrucker Kollege Kraus, der sich besonders mit der Schiedsgerichtsbarkeit beschäftigt. In seinem Schlußwort hebt der Referent auf verschiedene Ausführungen der Diskussionsredner ein und schüttelt besonders den kommunikativen Redner, der die arbeitsrechtlichen Verhältnisse in Sowjetrußland glaubte herausstreichen zu müssen.

Damit schließt die Sitzung.

Sonnabend, den 30. Juni 1928.

Statutenberatung.

Die Statutenberatungskommission hat ihre Arbeiten inzwischen erledigt. Berichterstatter Blankenburg, Berlin, nimmt das Wort zu den Beschlüssen der Kommission, zu denen der Verbandstag Stellung nimmt. Wir geben die wichtigsten Beschlüsse des Verbandstages wieder.

Zum Beirat beschließt der Verbandstag, daß die bisherigen Orte, vom Verbandstag in Hamburg bestimmt, die Beiratsmitglieder wieder zu wählen haben. Das sind die Zahlstellen Köln, Frankfurt am Main, München, Dresden, Leipzig, Berlin und Hamburg.

Zur Beitragsregelung wird ein Vorschlag der Kommission gegen 19 Stimmen zum Beschluß erhoben. Der Beschluß lautet:

„Die bisherige Regelung der Verbandsbeiträge bleibt, wie bisher, aufrecht.“

Als Zuschlag auf den bestehenden Verbandsbeitrag wird für die Invalidenunterstützung ein obligatorischer Beitrag festgesetzt, der für alle Mitglieder mit einem Tariflohn von 15 Mk. bis 40 Mk. 10 Pf., und für alle im höheren Verdienst stehende Mitglieder 20 Pf. beträgt.“

Außerdem kommt folgender Antrag des Verbandsvorstandes und der Zahlstelle Leipzig zur Annahme: „Mitglieder, die nachweislich wöchentlich bis zu 24 Stunden arbeiten, sind jede zweite Woche, über 24 bis zu 32 Stunden jede dritte Woche, über 32 bis zu 40 Stunden jede vierte Woche beitragsfrei. Bei Arbeit über 40 Stunden wöchentlich ist eine Beitragsbefreiung nicht zulässig.“

Im § 5, der von der Beitragsbefreiung handelt, wird bestimmt, daß mit einem wöchentlichen Beitrag von 20 Pf. weibliche Mitglieder, die sich vorläufig ab-

gemeldet haben, ihre Rechte bis zu einer Zeitdauer von 3 Jahren aufrechterhalten können.

Zur Arbeitslosenunterstützung wird beschloffen:

„Arbeitslosen Mitgliedern kann eine Unterstützung gewährt werden, deren Höhe vom Verbandstag bestimmt wird und die sich nach der Zugehörigkeit zum Verband, d. h. nach der Anzahl und Klasse der geleisteten Wochenbeiträge richtet. Sie beträgt pro Woche nach einer

Beitragsleistung von mehr als	auf die Dauer von Jahren	
52 Wochen das	5	30
156 "	7	42
260 "	8	54
416 "	9	66
520 "	10	78
780 "	10	90

Bei der Festsetzung der Unterstützung sind Beitragsanteile für die Invalidenunterstützung sowie Bau- und Ortszuschläge nicht anzurechnen.“

Zur Krankenunterstützung beschließt der Verbandstag:

„Die Unterstützung bleibt in der jetzigen Form und Höhe bestehen, nur muß der auszu zahlende Betrag wöchentlich mindestens 2,10 Mk. betragen.“

Außerdem wird bestimmt:

„Die Unterstützung wird nicht ausbezahlt, wenn das Mitglied dieselbe nicht 6 Tage nach Wiedereintritt in die Beschäftigung erhebt.“

Invalidenunterstützung.

Ueber die neu einzuführende Invalidenunterstützung, deren Einführung das Plenum bereits grundsätzlich beschlossen hat, kommt es zu einer längeren Aussprache. Angenommen wird folgender Vorschlag der Kommission:

1. Dauernd erwerbsunfähigen Mitgliedern kann auf Antrag eine fortlaufende monatliche Unterstützung gezahlt werden, wenn sie bei Eintritt völliger Invalidität mindestens

780 Beiträge geleistet haben	. . . 12 RM.
1040 "	" " " . . . 16 "
1300 "	" " " . . . 20 "

2. Zum Bezug dieser Unterstützung ist erforderlich:

- die nachweisliche Erfüllung aller statutarischen Pflichten als Verbandsmitglied.
- Ein die dauernde Erwerbsunfähigkeit feststellender amtlicher Rentenbescheid und die jedesmalige Vorlage des amtlichen Unterstützungsausweises.
- Weder ein berufliches, noch anderweitiges Einkommen, außer der staatlichen oder einer privaten Invalidenrente.

3. Dem Verbandsvorstand steht jederzeit das Recht zu, durch einen von ihm zu bestimmenden Arzt die dauernde Erwerbsunfähigkeit feststellen zu lassen, der sich das Unterstützung beziehende Mitglied unterwerfen muß.

4. Ueber tretende Mitglieder, die einem anderen, dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund ange schlossenen Verband ohne obligatorische Invalidenunterstützung angehören, müssen die im Statut unseres Verbandes vorgeschriebenen Beiträge geleistet haben.

5. Aus anderen freigewerkschaftlichen Organisationen mit gleicher Unterstützungseinrichtung über getretenen Mitglieder erhalten, wenn sie dort ununterbrochen mindestens 520 Beiträge und in unserm Verband mindestens 260 Beiträge ununterbrochen geleistet haben, den niedrigsten Satz der Unterstützung.

6. Bei Wiedereintritt von Erwerbsfähigkeit erlischt der Unterstützungszug.

7. Mit dem Ausscheiden aus dem Verbands erlischt jeder Anspruch auf den Bezug der Invalidenunterstützung.

8. Anträge zum Erhalt der Invalidenunterstützung sind an den Gauleiter zu stellen, in Zweifelsfällen entscheidet endgültig der Verbandsvorstand.

9. Ein Rechtsanspruch auf diese Unterstützung steht keinem Mitgliede zu.

Die Beitragsleistung tritt ab 1. Oktober 1928 in Kraft, die Unterstützungszahlung beginnt am 1. Januar 1929, die Auszahlung der Unterstützung erfolgt für den laufenden Monat.

Zu dem Paragrafen, der den Rechts schutz behandelt, wird beschloffen:

„Klagen von grundsätzlicher Bedeutung, die unter das Arbeitsgerichtsgesetz fallen, können mit Zustimmung des Verbandsvorstandes bis zur höchsten Instanz durchgefochten werden.“

Außerdem wird bestimmt:

„In einfachen Rechtsfällen in erster Instanz vor den Arbeitsgerichten können die Ortsgruppen unter Zustimmung der Gauleitung den Rechtschutz für Rechnung des Hauptvorstandes selbständig bewilligen.“

Der Verbandstag beschließt außerdem, daß alle Verbandsvorstandsmitglieder und die Revisoren, die der Verbandstag zu wählen hat, mindestens fünf Jahre Mitglied des Verbandes sein müssen.

Zu § 17 (Zahlstelle) wird beschloffen, daß jede Zahlstelle mindestens 3 (bisher 2) Revisoren zu wählen hat.

Des weiteren wird bestimmt:

„Die mit den Kassengeschäften betrauten Personen sowie die Vorsitzenden der Zahlstellen und die Revi-

soren sind für richtige Abrechnungen mitverantwortlich.“

Und außerdem für denselben Paragraphen: „Von den Beitragsanteilen zur Invalidenunterstützung (§ 11 Ziffer 1) dürfen Verwaltungsprozenten nicht in Abzug gebracht werden.“

§ 23 erhält folgende Fassung:

„Eine Abänderung des Statuts kann nur durch den Verbandstag vorgenommen werden, mit Ausnahme der dem Verbandsvorstand und dem Verbandsbeirat eingeräumten Befugnisse. Hierzu ist einfache Majorität der Abstimmen erforderlich. Stimmengleichheit gilt als abgelehnt.“

Zum Schluß wurde das gesamte Statut gegen drei Stimmen angenommen.

Der nächste Verbandstag soll in Stuttgart stattfinden.

Eine Entschließung von G. Grohmann, Berlin, die sich gegen die Mitgliedschaft der freien Gewerkschaften in bürgerlichen Sportvereinen richtet, wird angenommen.

Ein Antrag, die ausgeschlossenen Mitglieder Kraas und Krummrei wieder in den Verband aufzunehmen, wird mit Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt.

Mit einem Hoch auf den Verband wurde der Verbandstag nach den Schlußworten des Verbandsvorsitzenden Puder geschlossen.

Abrechnungen.

In der Woche vom 25. bis 30. Juni 1928 gingen folgende Gelbendungen bei der Hauptkasse ein:

Bau 6 Thüringen Kontozahlung für das 2. Quartal 3000 Mk., Bau 7 Stettin Restbetrag vom 1. Quartal 1415,95 Mk., Bau 7a Schießen, Restbetrag vom 1. Quartal 17,71 Mk. und Bau 9 Hannover Kontozahlung für das 2. Quartal 1950 Mk.

Berlin, den 30. Juni 1928.

Heinrich Loda H.

Für die Woche vom 1. bis 7. Juli ist die Beitragsmarke für das 27. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu fleben.

Unserer lieben Kollegin Hertha Hamburger und Gemahl nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.
Zahlstelle Kassel.

Unserer lieben Kollegin Hanna Ahlborn und Bräutigam, Herrn Kurt Schmidt, zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.
Zahlstelle Celle.

Unserer lieben Kollegin Hanni Krüger und Bräutigam nachträglich die besten Glückwünsche zur Vermählung.
Zahlstelle Stettin.

Des Verbandstages wegen erscheint diese Nummer der „Solidarität“ einen Tag später.

Verband der Graphischen Hilfsarbeiter
Zahlstelle Kassel

Sonnabend, den 14. Juli 1928, abends 7 Uhr, im kleinen Stadtparksaal, (Eingang Wilhelmstr.) Einlaß 6½ Uhr:

25 jährige Gründungsfeier
der Zahlstelle Kassel

Festakt / Ehrung der Verbandsjubilare / Bunter Teil / Ball

Es ist jedes Mitglied verpflichtet, eine Festschrift zu entnehmen, dafür erhält jeder Abnehmer 2 Eintrittskarten umsonst. — Die Mitglieder des Festausschusses werden nochmals auf Pünktlichkeit verwiesen am 14. Juli, nachmittags 4 Uhr, zu den Vorbereitungen im Festlokal zu erscheinen. Die Juli-Versammlung fällt aus! Freunde und Gönner des Verbandes sind herzlich eingeladen

Der Vorstand

STERBETAFEL

Am 12. Juni verschied plötzlich unsere liebe Kollegin
Klara Hübner
(Firma: Otto Reu)

im 30. Lebensjahre.
Kollegin Hübner ist Gründungsmitglied unserer Zahlstelle gewesen und war eine tüchtige, liebe Kollegin.
Ein ehrendes Andenken bewahrt der Verstorbenen
Die Mitgliedschaft der Zahlstelle Frankfurt/Deer

Nach langer, schwerer Krankheit starb am 26. Juni unsere liebe Kollegin, die Buchdruckmeisterin Frau
Auguste Wenninger
(Firma Oldemeyers Nachfolger)
im Alter von 48 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr
Die Zahlstelle Hannover

Verantwortlich für Redaktion: A. Schulte, Charlottenburg, Weichselstraße 16. Fernruf: 3111. Verlag: S. Loebel, Charlottenburg. — Druck: Norddeutscher Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Paul Singer u. Co., Berlin E38. 68.